



# MICHAEL B. BARNES

BÜRGERANLIEGEN • STELLUNGNAHMEN • KORRESPONDENZ



Hengelerstraße 1

49565 Bramsche



mbarnes61@outlook.com

2026-08-11

## „Die Oppositionsfalle“



### Wenn kurz vor den Wahlen die Spielregeln mal eben geändert werden

Wenn ein neues Unternehmen ein besseres Produkt auf den Markt bringt, regelt das der Wettbewerb. Wenn eine neue Partei jedoch das etablierte politische System bedroht, entsteht ein ganz anderer Wettbewerb – einer, bei dem diejenigen, die bereits an den Schalthebeln sitzen, zugleich an den politischen Spielregeln mitwirken. Das aktuelle Interview mit Sahra Wagenknecht legt den Finger genau in diese demokratische Wunde: die Angst etablierter Strukturen vor dem Verlust von Macht und Einfluss.

Egal ob BSW oder AfD – sobald neue oder erstarkende politische Kräfte bestehende Mehrheitsverhältnisse ernsthaft gefährden, stellt sich eine unangenehme Frage: Wie fair sind die politischen Spielregeln noch, wenn diejenigen, die von ihnen profitieren, gleichzeitig über ihre Ausgestaltung und teilweise sogar über ihre Kontrolle mitentscheiden?

Besonders deutlich wird diese Frage beim BSW. Die Partei scheiterte bei der Bundestagswahl mit offiziell 4,98 Prozent denkbar knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Wagenknecht verweist im Interview auf nachträglich festgestellte Fehlsortierungen und andere Auffälligkeiten bei der Stimmenauszählung. Sie behauptet dabei nicht, das tatsächliche Ergebnis bereits beweisen zu können – im Gegenteil: Gerade deshalb fordert sie eine Nachzählung. Denn hundertprozentige Gewissheit, so ihre Argumentation, könne es erst geben, wenn tatsächlich noch einmal gezählt werde.

Und genau hier wird es politisch brisant: Über einen Wahleinspruch entscheidet in Deutschland zunächst der Bundestag. Damit befinden Abgeordnete über ein Verfahren, dessen Ausgang die Zusammensetzung ihres eigenen Parlaments und die bestehenden Mehrheitsverhältnisse verändern könnte. Wagenknecht kritisiert diesen Mechanismus im Interview entsprechend scharf. Erst nach Abschluss des parlamentarischen Wahlprüfungsverfahrens steht der Weg zum Bundesverfassungsgericht offen.

Das allein beweist selbstverständlich noch keine politische Manipulation. Aber es schafft einen strukturellen Interessenkonflikt, über den eine Demokratie offen sprechen muss. Bildlich gesprochen: Es erinnert zumindest daran, dass jemand zunächst über ein Verfahren mitentscheidet, von dessen Ausgang er selbst betroffen sein kann. Und wenn von wenigen Tausend Stimmen möglicherweise Mandate, Mehrheiten und letztlich sogar die politische Stabilität einer Bundesregierung abhängen, ist die Forderung nach maximaler Transparenz keine Verschwörungstheorie. Sie ist demokratische Hygiene.

## Inhalt

|                                                                                                        |           |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>„Die Oppositionsfälle“ .....</b>                                                                    | <b>1</b>  |
| <b>Wenn kurz vor den Wahlen die Spielregeln mal eben geändert werden .....</b>                         | <b>1</b>  |
| <b>1. Die bürokratischen Tricks des Establishments .....</b>                                           | <b>6</b>  |
| <b>1.1 Die verfahrenstechnische Verschleppung in Zahlen .....</b>                                      | <b>7</b>  |
| <b>2. Die Forderung nach institutioneller Unabhängigkeit .....</b>                                     | <b>8</b>  |
| <b>2.1 Die Notwendigkeit überregionaler Prüfinstanzen .....</b>                                        | <b>8</b>  |
| <b>2.2 Sicherung der Objektivität durch funktionale Distanz.....</b>                                   | <b>9</b>  |
| <b>2.3 Der Präzedenzfall Thüringen 2020: Die Grenzen staatlicher Machtausübung im Wahlprozess.....</b> | <b>9</b>  |
| <b>2.3.1 Der parlamentarische Vorgang und die exekutive Intervention.....</b>                          | <b>10</b> |
| <b>2.3.2 Das Verfassungsurteil: Verletzung der Chancengleichheit der AfD .....</b>                     | <b>10</b> |
| <b>3. Die Bedeutung der demokratischen Teilhabe als Kontrollorgan.....</b>                             | <b>10</b> |
| <b>3.1 Die Stimmabgabe als Instrument der politischen Steuerung .....</b>                              | <b>11</b> |
| <b>3.2 Die Wahlurne als Quelle demokratischer Legitimation .....</b>                                   | <b>11</b> |
| <b>4. Die Verengung des politischen Meinungskorridors .....</b>                                        | <b>11</b> |

|                                                                                                                                 |    |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 4.1 Der mediale Filter und das Phänomen der Cancel-Culture.....                                                                 | 12 |
| 4.2 Die Instrumentalisierung der „Brandmauer“ als Kontrollverlust .....                                                         | 12 |
| 5. Höckes strategische Grundidee – Das Verhältnis von vorpolitischem Raum,<br>Parlament und staatspolitischen Leitbildern ..... | 13 |
| 5.1 Das bismarcksche Staatsmann-Ideal: Flexibilität und Ganzheitsanspruch .....                                                 | 13 |
| 5.2 Die Funktion des Parlaments: Bühne, Ressource und Teilelement.....                                                          | 14 |
| 5.3 Der vorpolitische Raum – Macht beginnt vor der Wahl.....                                                                    | 16 |
| 5.4 Das Dilemma des vorschnellen „Ankommens“ .....                                                                              | 17 |
| 5.5 Opposition nicht als Endzustand, sondern als strategische Phase .....                                                       | 18 |
| 5.6 Die entscheidende Grenze: Übergangsstrategie oder Dauerzustand? .....                                                       | 19 |
| 5.7 Der strategische Kern .....                                                                                                 | 20 |
| 6. Die Deindustrialisierung und der wirtschaftliche Niedergang .....                                                            | 21 |
| 6.1 Die Folgen der Sanktions- und Energiepolitik .....                                                                          | 21 |
| 6.2 Der Verlust der wirtschaftlichen Souveränität .....                                                                         | 22 |
| 7. Das Koalitionsproblem – verändert Macht oder korrumpiert sie? .....                                                          | 22 |
| 7.1 Was ein kleiner Koalitionspartner tatsächlich durchsetzen kann .....                                                        | 22 |
| 7.2 Beispiele aus Bund und Ländern .....                                                                                        | 23 |
| 7.3 Der Preis politischer Kompromisse .....                                                                                     | 24 |
| 7.4 Regierungsfähigkeit gegen programmatische Reinheit .....                                                                    | 24 |
| 7.5 Kann man verändern, ohne sich selbst zu verändern? .....                                                                    | 25 |
| 8. Die Theorie vom notwendigen Zusammenbruch .....                                                                              | 25 |
| 8.1 „Es muss erst schlimmer werden“ – politische Strategie oder Erzählung? .....                                                | 25 |
| 8.2 Was bedeutet gesellschaftlicher „Zusammenbruch“ überhaupt?.....                                                             | 26 |
| 8.3 Argentinien und Venezuela – was zeigen solche Vergleiche wirklich? .....                                                    | 27 |
| 8.4 Der schleichende Niedergang als politisches Problem .....                                                                   | 28 |
| 8.5 Wer trägt den Preis des Wartens? .....                                                                                      | 28 |
| 8.6 Die entscheidende Grenze: Krise als Prognose oder als politische Voraussetzung?<br>.....                                    | 29 |
| 9. Die Oppositionsfälle.....                                                                                                    | 30 |
| 9.1 Politischer Erfolg ist nicht automatisch politische Wirkung .....                                                           | 30 |
| 9.2 Opposition kann Politik verändern, ohne selbst zu regieren .....                                                            | 31 |
| 9.3 Das ungelöste Problem als Mobilisierungsquelle .....                                                                        | 31 |

|                                                                                                        |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 9.4 Die Brandmauer verändert die Gleichung .....                                                       | 32 |
| 9.5 Die Gefahr des Opfer-Narrativs.....                                                                | 33 |
| 9.6 Wenn die politischen Gegner den Wahlkampf mitliefern .....                                         | 33 |
| 9.7 Das institutionelle Eigeninteresse .....                                                           | 34 |
| 9.8 Die gegenseitige Stabilisierung.....                                                               | 35 |
| 9.9 Wo endet Strategie und wo beginnt Selbsterhaltung? .....                                           | 35 |
| 9.10 Das Paradoxon der Oppositionsfalle.....                                                           | 36 |
| 10. Die andere Seite – rationale Gründe gegen vorschnelle Regierungsbeteiligung .....                  | 37 |
| 10.1 Wann Opposition verantwortungsvoller sein kann als Regierung .....                                | 37 |
| 10.2 Das Risiko des Juniorpartners .....                                                               | 38 |
| 10.3 Die Bürokratie schlägt die Politik.....                                                           | 39 |
| 10.4 Der Kompromiss als Verrat.....                                                                    | 41 |
| 10.5 Der doppelte Realitätsschock .....                                                                | 42 |
| 10.6 Das „historische Gesetz“ – werden Protestparteien durch<br>Regierungsverantwortung gezähmt? ..... | 43 |
| 10.7 Die Grünen – vom Protest zur Regierungspartei .....                                               | 44 |
| 10.8 Die FPÖ – Regierung, Krise und Wiederaufstieg.....                                                | 45 |
| 10.9 Die Fünf-Sterne-Bewegung – vom Anti-Establishment zur Regierung.....                              | 46 |
| 10.10 Was die drei Beispiele tatsächlich zeigen .....                                                  | 47 |
| 10.11 Höckes Befürchtung – politische Verweigerung oder strategische Vorsicht? 47                      |    |
| 10.12 Die Grenze zwischen Prinzipientreue und Verweigerung .....                                       | 48 |
| 10.13 Die Gegenprobe zur Oppositionsfalle.....                                                         | 49 |
| 11. Das Ausgrenzungsparadoxon – wenn Abgrenzung den Gegner stärken kann .....                          | 50 |
| 11.1 Die Brandmauer als politischer Schutzmechanismus .....                                            | 50 |
| 11.2 Die zwei Wirkungen derselben Mauer .....                                                          | 51 |
| 11.3 Der Außenseiterstatus als politisches Kapital .....                                               | 52 |
| 11.4 Der Fairnessreflex.....                                                                           | 53 |
| 11.5 Politische Gewalt – eine andere Kategorie .....                                                   | 53 |
| 11.6 Vom tatsächlichen Angriff zum politischen Narrativ .....                                          | 54 |
| 11.7 Wenn die Gegner einen Teil der Mobilisierung übernehmen .....                                     | 55 |
| 11.8 Die Brandmauer als Schutz vor dem Realitätstest .....                                             | 56 |
| 11.9 Der selbstverstärkende Kreislauf .....                                                            | 57 |

|                                                                                                |    |
|------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 11.10 Wem nutzt die Brandmauer? .....                                                          | 58 |
| 11.11 Das eigentliche Ausgrenzungsparadoxon .....                                              | 58 |
| 12. Der verweigerter Realitätstest – was kann die AfD tatsächlich? .....                       | 59 |
| 12.1 Der mögliche Realitätsschock für die eigenen Wähler .....                                 | 60 |
| 12.2 Die Gegenprobe: Die etablierten Parteien besitzen bereits eine<br>Regierungsbilanz.....   | 60 |
| 12.3 Konnten sie es nicht – oder wollten sie einen anderen politischen Kurs? .....             | 61 |
| 12.4 Keine Vorschusslorbeeren für die AfD – aber auch kein Freispruch für ihre<br>Gegner ..... | 61 |
| 12.5 Das demokratische Paradoxon der Oppositionsfälle.....                                     | 62 |
| 12.6 Die entscheidende Gegenprobe: Demokratie braucht den politischen Realitätstest<br>.....   | 63 |
| 13. Fazit – Was hat die AfD als Opposition nachweisbar tatsächlich bewirkt? .....              | 64 |
| 13.1 Kontrolle durch parlamentarischen Druck.....                                              | 65 |
| 13.2 Opposition wirkt auch vor Gericht .....                                                   | 65 |
| 13.3 Wenn Opposition den politischen Kurs verschiebt .....                                     | 66 |
| 13.4 Die Gegenprobe: Was wäre ohne die AfD geschehen? .....                                    | 66 |
| 13.5 Vielleicht liegt genau darin die eigentliche Oppositionsfälle .....                       | 67 |
| Schlusswort .....                                                                              | 68 |
| Impressum / Kontakt: .....                                                                     | 69 |
| Rechtlicher Hinweis .....                                                                      | 69 |
| Rechtlicher Hinweis & Haftungsausschluss .....                                                 | 70 |
| Keine Rechtsberatung .....                                                                     | 70 |
| Ausschluss der Haftung für Verfahrensfehler.....                                               | 70 |
| Maßstab der Eigenverantwortung .....                                                           | 70 |
| Schutz vor Verfälschung.....                                                                   | 70 |





# 1. Die bürokratischen Tricks des Establishments

Und wenn politische Mehrheiten unter Druck geraten, lohnt sich ein genauer Blick darauf, wie schnell plötzlich auch an den Spielregeln gearbeitet wird. Wahlrecht ist kein technisches Nebenthema. Es entscheidet darüber, wie Millionen Stimmen in parlamentarische Macht übersetzt werden. Gerade deshalb muss jede Veränderung besonders transparent, nachvollziehbar und verfassungsfest sein.

Ein besonders umstrittenes Beispiel war die Wahlrechtsreform von 2023. Mit ihr wurde die bisherige Grundmandatsklausel zunächst aus dem Bundeswahlgesetz entfernt. Nicht die Bundeswahlleiterin strich diese Klausel – sie erläutert die geltende Rechtslage lediglich auf ihrem Informationsportal. Verantwortlich für die gesetzliche Änderung war die damalige parlamentarische Mehrheit im Bundestag.

Und genau hier wird die Sache politisch interessant: Die Grundmandatsklausel hatte bis dahin ermöglicht, dass eine Partei trotz Unterschreitens der Fünf-Prozent-Hürde entsprechend ihrem Zweitstimmenergebnis in den Bundestag einziehen konnte, wenn sie mindestens drei Wahlkreise direkt gewann. Mit der Reform sollte dieser Mechanismus entfallen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte später die konkrete Ausgestaltung der Fünf-Prozent-Sperrklausel ohne entsprechende Ausnahme für mit dem Grundgesetz unvereinbar; bis zu einer gesetzlichen Neuregelung ordnete es deshalb eine Fortgeltung der Grundmandatsregel an.

Man muss darin keinen geheimen Plan erkennen. Aber man darf sehr wohl politisch fragen: Warum werden ausgerechnet Regeln verändert, die unmittelbar darüber entscheiden können, ob politische Konkurrenten im Bundestag vertreten sind oder draußen bleiben? Und warum geschieht dies in einem politischen System, in dem diejenigen, die über solche Regeln abstimmen, zugleich selbst von deren Auswirkungen betroffen sein können?

Genau hier beginnt das eigentliche Problem. Demokratie lebt nicht allein davon, dass irgendwo formal korrekt abgestimmt wird. Sie lebt vom Vertrauen darauf, dass die Regeln des Wettbewerbs nicht nach politischer Zweckmäßigkeit zurechtgelegt werden. Wenn Wahlrechtsänderungen den Eindruck entstehen lassen, bestehende Mehrheiten könnten sich ihre Wettbewerbsbedingungen selbst maßschneidern, muss Kritik nicht leiser, sondern lauter werden.

Dasselbe gilt für parlamentarische Kontrolle. Untersuchungsausschüsse, Minderheitenrechte und eine starke Opposition sind keine lästigen Störungen des Regierungsbetriebs. Sie sind Bestandteil des demokratischen Kontrollsystems. Eine Regierung, die nur dort Transparenz akzeptiert, wo ihr daraus kein politischer Schaden entsteht, hätte den Sinn parlamentarischer Kontrolle gründlich missverstanden.

Hinzu kommt ein gesellschaftliches Klima, in dem sich politische Auseinandersetzungen immer häufiger nicht mehr allein um Argumente drehen, sondern darum, welche Position überhaupt noch als gesellschaftlich akzeptabel gelten soll. Wer den eng gesteckten Meinungskorridor großer Teile des politischen und medialen Betriebs verlässt, erlebt schnell, dass nicht mehr nur über seine Argumente gesprochen wird, sondern über seine vermeintliche



moralische oder politische Zugehörigkeit. Begriffe wie „Populist“, „Extremist“ oder „Rassist“ können berechtigt sein, wenn die Voraussetzungen dafür tatsächlich vorliegen. Werden sie jedoch zum pauschalen Ersatz für die inhaltliche Auseinandersetzung, wird aus politischem Streit gesellschaftliche Ausgrenzung.

Und dann ist da noch das Wahlprüfungsverfahren selbst. Das Bundesverfassungsgericht hat im Zusammenhang mit der verzögerten Bearbeitung von Wahleinsprüchen deutlich gemacht, dass Wahlprüfungsverfahren innerhalb einer angemessenen Frist abgeschlossen werden müssen und an einer zügigen Klärung ein erhebliches öffentliches Interesse besteht. Gerade bei einem derart knappen Wahlergebnis ist Zeit eben keine belanglose Größe. Ein Parlament wird schließlich für eine begrenzte Wahlperiode gewählt. Eine Entscheidung, die erst fällt, nachdem ein erheblicher Teil dieser Wahlperiode bereits vergangen ist, kann politisch kaum dieselbe Wirkung entfalten wie eine schnelle Klärung.

Das ist der Punkt, an dem aus einem trockenen Verwaltungsverfahren eine grundsätzliche demokratische Frage wird: Wie groß ist die politische Distanz zwischen denjenigen, die von einem Wahlergebnis profitieren, und denjenigen, die über seine Überprüfung entscheiden? Und wer solche Vorgänge verfolgt, darf sich ebenso fragen, ob unsere Kontrollmechanismen tatsächlich so unabhängig konstruiert sind, wie eine moderne Demokratie es von sich selbst verlangen sollte.

Das ist keine Behauptung, dass Wahlen manipuliert würden. Und es ist auch kein Beweis dafür, dass einzelne Abgeordnete oder Richter nach parteipolitischer Weisung handeln. Es ist eine Kritik an Strukturen, die solche Zweifel überhaupt erst entstehen lassen. Ein demokratisches System sollte nicht verlangen, dass seine Bürger ihm blind vertrauen. Es sollte so transparent und kontrollierbar organisiert sein, dass dieses Vertrauen verdient wird.

## 1.1 Die verfahrenstechnische Verschleppung in Zahlen

(Stand: 11.08.2026)

Der Vorwurf, dass das politische Establishment unbequeme Wahlergebnisse und Einsprüche durch bürokratische Trägheit aussitzt, ist keine bloße Vermutung, sondern lässt sich anhand offizieller Statistiken des Staatsapparates präzise dokumentieren. Ein Blick auf die nackten Zahlen des aktuellen Wahlprüfungsverfahrens legt die systemische Blockade offen.

Nach der Bundestagswahl wurden von Bürgerinnen und Bürgern sowie von betroffenen Parteien insgesamt **1.152 offizielle Wahleinsprüche** beim Deutschen Bundestag eingereicht. Die verfassungsrechtliche Vorgabe verlangt eine unverzügliche Bearbeitung, um die demokratische Legitimation des Parlaments sicherzustellen. Die Realität am aktuellen Stichtag des **11. August 2026** – also mehr als 15 Monate nach dem Urnengang – zeigt laut den offiziellen Berichten des Wahlprüfungsausschusses jedoch ein klares Bild des Stillstands: Weniger als die Hälfte der Beschwerden wurde bislang überhaupt final beschlossen, während über **690 Wahleinsprüche** weiterhin völlig unbearbeitet in den Schubladen des Ausschusses verblieben sind.

Diese mathematisch belegbare Verschleppung hat nun die höchste juristische Instanz des Landes auf den Plan gerufen. In seinem wegweisenden Beschluss (**Az. 2 BvC 20/26**) rügte das Bundesverfassungsgericht den säumigen Bundestag in aller Schärfe. Die Karlsruher Richter stellten unmissverständlich fest, dass das Parlament an einer zügigen Klärung



vorbeigearbeitet hat und die verfassungsrechtlich gebotene „angemessene Frist“ bereits überschritten ist. Das Gericht betonte, dass ein Parlament, das über 15 Monate lang die Überprüfung der eigenen Zusammensetzung verzögert, ein erhebliches öffentliches Legitimationsdefizit riskiert. Wenn Abgeordnete fast die Hälfte der gesamten Wahlperiode auf einem Mandat sitzen, dessen Zustandekommen offiziell angefochten ist, droht die Wahlprüfung in der Wahrnehmung der Bürger zur Farce zu verkommen. Diese Daten belegen: Die bürokratischen Spielräume werden hier als effektives Schutzschild gegen den Wählerwillen genutzt.

Doch solange sich an diesen Strukturen nichts ändert, bleibt den Bürgerinnen und Bürgern das stärkste Instrument, das eine Demokratie ihnen gibt: die Wahlurne. Protest gehört nicht in den Untergrund und nicht in Gewalt. Er gehört ganz legal, friedlich, laut und unmissverständlich dorthin, wo politische Macht tatsächlich verteilt wird: auf den Stimmzettel. Dort können Bürger zeigen, dass sie sich weder bevormunden noch politisch für selbstverständlich halten lassen. Wenn ein Kreuz auf dem Stimmzettel alte Machtstrukturen ins Wanken bringt, ist das keine Krise der Demokratie. Es ist Demokratie. Wer mit der politischen Entwicklung unzufrieden ist, muss deshalb nicht schweigen, resignieren oder sich aus dem demokratischen Prozess zurückziehen. Er kann genau das Gegenteil tun: informieren, hinterfragen, widersprechen – und wählen.

## 2. Die Forderung nach institutioneller Unabhängigkeit

Die unbedingte Integrität von Wahlen ist das Fundament unseres gesamten Rechtsstaates. Doch dieses Vertrauen darf eine Bundesregierung niemals blind voraussetzen; sie muss es durch Kontrollverfahren verdienen, die so unbefangen organisiert sind, dass der Verdacht von strategischen Interessenkonflikten gar nicht erst entstehen kann.

Gerade bei historisch knappen Wahlergebnissen reicht der bloße bürokratische Verweis, alles sei nach den geltenden Vorschriften abgelaufen, nicht aus. Wenn wenige Tausend Stimmen darüber entscheiden, ob eine Partei im Bundestag vertreten ist, wie Mandate verteilt werden und ob eine amtierende Koalition überhaupt noch eine parlamentarische Mehrheit besitzt, muss die Kontrolle über jeden vernünftigen Zweifel erhaben sein.

Das Problem liegt nicht zwingend bei den einzelnen Wahlhelfern vor Ort, sondern begründet sich in der Konstruktion des Verfahrens selbst. Nach dem aktuellen System entscheidet über einen Wahleinspruch in erster Instanz der Bundestag selbst. Sahra Wagenknecht legt im Interview den Finger genau in diese Wunde: Bevor das Bundesverfassungsgericht überhaupt angerufen werden kann, muss zwingend das parlamentarische Wahlprüfungsverfahren durchlaufen werden. Damit befindet in erster Instanz ein politisches Organ über eine Angelegenheit, deren Ausgang die eigenen Posten und Mehrheiten im Parlament direkt gefährdet. Eine Demokratie sollte kein System aufrechterhalten, das einen solchen Verdacht der Selbsterhaltung strukturell begünstigt. Echte demokratische Hygiene entsteht nur durch Kontrollen, bei denen die politischen Eigeninteressen der Beteiligten vollständig ausgeschlossen sind.

### 2.1 Die Notwendigkeit überregionaler Prüfinstanzen





Die investigative Konsequenz aus diesem Systemfehler kann nur eine radikale organisatorische Trennung zwischen den politischen Betroffenen und den prüfenden Organen sein. Die Überprüfung auffälliger Ergebnisse, beanstandeter Wahlbezirke oder eine umfassende Nachzählung darf niemals von Institutionen abhängen, deren eigene Existenz auf dem Spiel steht.

Ein tragfähiger Reformansatz ist die Etablierung einer vollständig unabhängigen Prüfinstanz. Bei konkreten Nachprüfungen müssen Kontrolleure aus anderen Bundesländern abgeordnet werden, die mit den örtlichen Wahlleitungen, Kandidaten und lokalen Parteiseilschaften absolut nichts zu tun haben. Das Prinzip ist denkbar simpel: Wer nichts zu gewinnen und nichts zu verlieren hat, ist der einzig glaubwürdigere Kontrolleur.

Wie dringend diese funktionale Distanz ist, belegt das aktuelle BSW-Verfahren. Wagenknecht berichtet von nachweislich korrigierten Stimmen, von Stimmen, die fälschlicherweise anderen Parteien zugerechnet wurden, und von auffälligen Null-Ergebnissen einzelner Wahllokale. Dass bei Stichproben bereits konkrete Fehlzuordnungen entdeckt wurden, ist dokumentiert. Die entscheidende Frage, ob weitere, ergebnisrelevante Fehler vorliegen, lässt sich jedoch nur durch eine lückenlose Nachzählung klären. Bei einem amtlichen Ergebnis von 4,98 Prozent darf maximale Transparenz keine Verhandlungssache sein. Eine Nachzählung hat nur zwei Konsequenzen: Entweder sie bestätigt das Ergebnis und räumt jeden Zweifel aus, oder sie korrigiert es – dann war die Kontrolle erst recht überlebenswichtig für die Demokratie.

## 2.2 Sicherung der Objektivität durch funktionale Distanz

Eine unabhängige Wahlprüfung muss für den Bürger vor allem erkennbar objektiv organisiert sein. Durch überregionale Kontrolleure lässt sich das Risiko lokaler Verflechtungen und politischer Eigeninteressen auf ein Minimum reduzieren. Der Staat muss Strukturen schaffen, in denen persönliche Ansichten der Prüfer für das Ergebnis vollkommen bedeutungslos werden.

Dazu gehört eine lückenlose Offenlegung des gesamten Verfahrens: Welche Wahlbezirke wurden beanstandet? Welche konkreten Zählfehler wurden festgestellt? Nach welchen Kriterien entscheidet der Ausschuss, ob eine Nachzählung stattfindet oder abgelehnt wird? Je transparenter diese Entscheidungen dokumentiert sind, desto weniger Raum bleibt für Spekulationen. Denn genau dort liegt die demokratische Wunde: Wo nachvollziehbare Kontrolle verweigert wird, entsteht unweigerlich Misstrauen. Wenn das Establishment auf berechtigte Zweifel lediglich mit dem Hochmut reagiert, der Bürger müsse den Institutionen eben blind vertrauen, macht sie das Problem nur größer. Institutionelle Unabhängigkeit ist kein Angriff auf den Staat – sie ist sein wichtigster Schutzmechanismus.

## 2.3 Der Präzedenzfall Thüringen 2020: Die Grenzen staatlicher Machtausübung im Wahlprozess

*(Stand: 11.08.2026)*

Wie tief der strukturelle Machtanspruch des Establishments reicht und wie schnell der Respekt vor freien Wahlen schwindet, zeigt ein historischer Präzedenzfall, der das Vertrauen



der Bürger nachhaltig erschüttert hat: Die Ministerpräsidentenwahl im Thüringer Landtag vom 5. Februar 2020.

### 2.3.1 Der parlamentarische Vorgang und die exekutive Intervention

In einer rechtmäßigen, verfassungskonformen Sitzung wurde der FDP-Abgeordnete Thomas Kemmerich im dritten Wahlgang zum Ministerpräsidenten gewählt. Weil dieses demokratische Ergebnis jedoch unter Beteiligung der Oppositionsfraktionen von CDU und AfD zustande kam und nicht den machtpolitischen Vorstellungen der Bundesebene entsprach, folgte eine beispiellose exekutive Intervention.

Am 6. Februar 2020 schaltete sich die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel während eines offiziellen Staatsbesuchs in Pretoria (Südafrika) direkt in den parteipolitischen Wettbewerb ein. Auf einer internationalen Pressekonferenz bezeichnete sie den Vorgang als „unverzeihlich“ und erklärte öffentlich, das Ergebnis müsse „rückgängig gemacht werden“. Der politische Druck auf den neu gewählten Ministerpräsidenten war zu diesem Zeitpunkt massiv. Kemmerich kündigte unter diesem hierarchischen Druck der Bundespolitik seinen Rücktritt an und trat kurz darauf zurück. Aus einer machtanalytischen Perspektive dokumentiert dieser Vorfall eindrücklich, wie stark die Hebel des Establishments in Gang gesetzt werden, wenn parlamentarische Mehrheiten nicht den Vorgaben der Bundesebene entsprechen.

### 2.3.2 Das Verfassungsurteil: Verletzung der Chancengleichheit der AfD

Die verfassungsrechtliche Bewertung dieser Intervention fiel eindeutig aus. Mit Urteil vom 15. Juni 2022 im Organstreitverfahren (**Az. 2 BvE 4/20 und 2 BvE 5/20**) entschied das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, dass Angela Merkel durch ihre Äußerungen in amtlicher Funktion das Recht der AfD auf Chancengleichheit aus Artikel 21 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes verletzt hatte.

Die Richter stellten klar, dass staatliche Organe bei ihrer Amtsausübung die Chancengleichheit der politischen Parteien und das staatliche Neutralitätsgebot strikt beachten müssen. Die Äußerungen der Bundeskanzlerin waren nach Auffassung des Gerichts geeignet, sich negativ auf die Wettbewerbsposition der Opposition auszuwirken, und waren durch die Wahrnehmung der Aufgaben des Kanzleramtes nicht gerechtfertigt. Der Vorgang zeigt damit auf höchsttrichterlich festgestellter Grundlage, dass auch die politische Einwirkung eines Regierungsmitglieds gegenüber einem demokratischen Wahlergebnis verfassungsrechtlichen Grenzen unterliegt und als unzulässiger Eingriff in den freien politischen Wettbewerb gewertet werden muss.

## 3. Die Bedeutung der demokratischen Teilhabe als Kontrollorgan

Solange das Establishment die gesetzlichen Regeln zur parlamentarischen Wahlprüfung nicht reformiert und der Bundestag weiterhin in eigener Sache über Einsprüche entscheidet, bleibt den Bürgern nur ein einziges wirksames Korrektiv: Die kompromisslose Nutzung der eigenen, verfassungsmäßigen Mitwirkungsrechte.



Wahlen sind der einzige Moment, in dem sich das Machtverhältnis in diesem Land radikal umkehrt. Nicht die Regierung, nicht die Parteien und nicht die Abgeordneten entscheiden darüber, wer die Macht besitzt – die Bürger entscheiden, wem sie diese Macht auf Zeit anvertrauen. Eine hohe Wahlbeteiligung ist daher kein statistischer Wert, sondern der direkteste Ausdruck politischer Kontrolle. Wer mit den Entscheidungen der Regierung brennend unzufrieden ist, besitzt mit seiner Stimme ein vollkommen legales, friedliches und unerbittliches Instrument, um die Quittung auszustellen. Demokratie verliert ihren Sinn, wenn politische Beteiligung vom Establishment nur dann beklatscht wird, solange das Ergebnis den bestehenden Machtverhältnissen gefällt.

### 3.1 Die Stimmabgabe als Instrument der politischen Steuerung

Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes stellt unmissverständlich klar: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Dieser Satz ist kein dekoratives Element für Sonntagsreden, sondern beschreibt die einzige Quelle politischer Legitimation. Keine Regierung und keine Partei hat einen Anspruch darauf, dauerhaft zu regieren. Wenn Millionen Bürger zu dem Schluss kommen, dass ihre Interessen vom Establishment verraten werden, haben sie das verbriefte Recht, Mehrheiten radikal zu verändern. Das **Abstrafen** von Regierungsparteien und das Wählen neuer, unbequemer Kräfte ist keine Störung des Systems – es ist sein ureigenstes Funktionsprinzip.

Besonders gefährlich wird es, wenn Wähler das Gefühl bekommen, ihre Entscheidung an der Wahlurne werde politisch nur so lange respektiert, wie sie sich innerhalb eines erwünschten Rahmens bewegt. Wagenknecht kritisiert im Interview die sogenannte „Brandmauer“ gegenüber der AfD als völlig kontraproduktiv. Die demonstrative Ausgrenzung von Millionen Wählern stärkt die betroffenen Kräfte oft nur noch weiter. Was passiert mit einem politischen System, in dem immer größere Teile der Bevölkerung das Gefühl bekommen, zwar wählen zu dürfen, mit ihrer Entscheidung aber politisch absichtlich ignoriert zu werden? Die Antwort des Establishments darf jedenfalls nicht darin bestehen, dem Volk zu erklären, es habe schlicht „falsch gewählt“.

### 3.2 Die Wahlurne als Quelle demokratischer Legitimation

Kein Leitartikel, keine Talkshow und keine Meinungsumfrage kann die Zusammensetzung eines Parlaments so unmittelbar erschüttern wie der Gang zur Wahlurne. Deshalb gehört politischer Protest genau dorthin, wo er dem Establishment am meisten wehtut: auf den Stimmzettel.

Scharfe Kritik an der Regierung ist kein Angriff auf die Demokratie, und die Forderung nach dem Sturz bestehender Mehrheiten ist kein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung. Die Demokratie ist das Verfahren, durch das die Bürger entscheiden können, wer sie regiert. Eine Öffentlichkeit, die Kritik nur dann für legitim hält, wenn sie höflich, leise und politisch bequem bleibt, hat den Sinn von Freiheit nicht verstanden. Ein Minister kann eine kritische Rede ignorieren, eine Partei kann schlechte Umfragewerte aussitzen – aber ein tatsächliches Wahlergebnis lässt sich nicht wegdiskutieren. Wenn etablierte Machtstrukturen durch ein Wahlergebnis ins Wanken geraten, zeigt das nur eines: Die demokratische Kontrolle von unten funktioniert.

## 4. Die Verengung des politischen Meinungskorridors



Neben den bürokratischen Blockaden greift eine zweite, subtilere Ebene der Machtsicherung: Die gezielte Frage, welche politischen Positionen im öffentlichen Raum überhaupt noch als legitim und diskutierbar gelten dürfen.

Eine lebendige Demokratie braucht den harten Streit und das unbequeme Hinterfragen. Kritisch wird es dort, wo die Auseinandersetzung nicht mehr darüber geführt wird, ob ein Argument sachlich richtig oder falsch ist, sondern darüber, ob jemand dieses Argument überhaupt noch äußern darf, ohne anschließend gesellschaftlich vernichtet zu werden. Der Begriff des „Meinungskorridors“ beschreibt genau diesen medialen Filtermechanismus: Bestimmte Positionen dürfen formal zwar ausgesprochen werden, doch ihr Vertreter wird sofort mit einem moralischen Etikett belegt, um die inhaltliche Debatte im Keim zu ersticken.

#### **4.1 Der mediale Filter und das Phänomen der Cancel-Culture**

Besonders sichtbar wird diese Verengung bei existenziellen Themen wie Migration, Russland-Sanktionen oder den wirtschaftlichen Folgen der Energiepolitik. Wer eine strengere Migrationspolitik fordert oder die deutsche Ukraine-Politik grundsätzlich hinterfragt, müsste eigentlich mit sachlichen Gegenargumenten konfrontiert werden.

Was stattdessen passiert, ist die investigative Bankrotterklärung des Mainstreams: Die sofortige Abkürzung über das moralische Etikett. Begriffe wie „Rassist“, „Populist“ oder „Putin-Versteher“ werden als Kampfbegriffe eingesetzt, noch bevor die Argumentation überhaupt geprüft wurde. Sie dienen nur dazu, den Sprecher zu markieren und mundtot zu machen. So entsteht die gefährliche Schere im Kopf. Wenn Journalisten, Wissenschaftler und Politiker ihre Positionen nur noch danach ausrichten, welcher mediale Shitstorm am nächsten Morgen drohen könnte, wird das bessere Argument durch die pure Angst vor öffentlicher Ausgrenzung ersetzt.

#### **4.2 Die Instrumentalisierung der „Brandmauer“ als Kontrollverlust**

Der schärfste Ausdruck dieses Verdrängungswettbewerbs ist die parlamentarische Instrumentalisierung der „Brandmauer“. Sobald aus einer Abgrenzungsstrategie ein starrer Automatismus wird, kann im Bundestag nicht mehr allein der sachliche Inhalt eines Antrags darüber entscheiden, wie die Fraktionen abstimmen; auch die Frage, wer ihn eingebracht hat, kann ausschlaggebend werden. Ein Vorschlag kann sachlich vollkommen richtig und dringend notwendig sein – und trotzdem abgelehnt werden, weil die „falsche“ Fraktion dafür stimmt. Das Parlament droht so vom Ort der Sachentscheidung zum reinen Gesinnungsverein zu werden.

Noch verheerender kann sich diese Blockade bei den Minderheitenrechten und Kontrollinstrumenten auswirken. Untersuchungsausschüsse und Akteneinsichten existieren genau deshalb, weil eine Regierung kein Interesse an der Aufklärung ihrer eigenen Fehler hat. Wenn solche Kontrollrechte dadurch erschwert oder blockiert werden, dass die notwendige parlamentarische Unterstützung wegen der Abgrenzung gegenüber einer Oppositionspartei verweigert wird, stellt sich die Frage, wem die Brandmauer in einem solchen Fall tatsächlich dient. Eine Opposition, deren Kontrollmöglichkeiten von politischen Abgrenzungsentscheidungen abhängig werden, kann ihre verfassungsmäßige Funktion nur eingeschränkt erfüllen. Wer den Meinungskorridor immer enger zieht, muss sich am Ende die investigative Frage gefallen lassen: Wie schwach und haltlos müssen die eigenen politischen



Argumente eigentlich sein, wenn man die Konkurrenz nur noch durch moralische Ausgrenzung und parlamentarische Blockade in Schach halten kann?

## 5. Höckes strategische Grundidee – Das Verhältnis von vorpolitischem Raum, Parlament und staatspolitischen Leitbildern

### 5.1 Das bismarcksche Staatsmann-Ideal: Flexibilität und Ganzheitsanspruch

In seinen politischen Äußerungen und insbesondere im Gesprächsbuch „*Nie zweimal in denselben Fluss*“ greift Björn Höcke auf historische Persönlichkeiten zurück, um sein Verständnis politischer Führung zu erläutern. Dabei verweist er unter anderem auf Otto von Bismarck und Konrad Adenauer als Beispiele „staatsmännischer Praktiker“.

Dieser Bezug ist für die Untersuchung seiner politischen Strategie bedeutsam. Er sollte jedoch nicht auf die vereinfachte Vorstellung reduziert werden, Höcke übernehme Bismarcks Politik des 19. Jahrhunderts als unmittelbare Blaupause für die Gegenwart.

Interessanter ist, welche Eigenschaften er an solchen historischen Staatsmännern hervorhebt.

Eine davon ist **politische Flexibilität**.

Politische Führung besteht in diesem Verständnis nicht ausschließlich darin, ein theoretisches Programm unabhängig von den jeweiligen Umständen Punkt für Punkt abzuarbeiten. Ein erfolgreicher Staatsmann muss historische Situationen erkennen, politische Kräfteverhältnisse einschätzen und vorhandene Gelegenheitsfenster nutzen können.

Damit verbindet sich ein zweites Element:

**der Anspruch, Politik nicht ausschließlich aus der Perspektive einer Partei oder einer einzelnen gesellschaftlichen Interessengruppe zu betrachten.**

Das historische Ideal des Staatsmannes erhebt den Anspruch, über den unmittelbaren Parteiinteressen zu stehen und politische Entscheidungen aus einer übergeordneten Perspektive auf Staat und Gesellschaft zu treffen.

Gerade an dieser Stelle entsteht eine erkennbare Spannung zum modernen parlamentarischen Parteienbetrieb.

Die Bundesrepublik funktioniert über Parteien, Fraktionen, Koalitionen, parlamentarische Mehrheiten und institutionalisierte Interessenaushandlung. Politische Entscheidungen entstehen regelmäßig durch Verhandlungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Interessen.

Das von Höcke positiv aufgegriffene Staatsmann-Ideal setzt einen anderen Akzent:





**Nicht die erfolgreiche Verwaltung unterschiedlicher Einzelinteressen steht im Mittelpunkt, sondern die Vorstellung einer politischen Führung, die einen übergeordneten staatspolitischen Gesamtanspruch formuliert.**

Hinzu kommt ein drittes Element:

### **Bodenständigkeit und Verwurzelung.**

Politisches Handeln wird dabei nicht ausschließlich als technische Verwaltung verstanden. Geschichte, kulturelle Kontinuität, regionale Bindung und gesellschaftliche Identität erhalten eine eigenständige politische Bedeutung.

Der Bismarck-Bezug sollte deshalb weder verharmlost noch künstlich dramatisiert werden.

Er bedeutet nicht automatisch, dass Höcke die verfassungsrechtlichen Konflikte des 19. Jahrhunderts auf die Bundesrepublik übertragen oder Bismarcks damalige Methoden unmittelbar wiederholen will.

Er zeigt jedoch ein bestimmtes Verständnis politischer Führung:

**Große politische Veränderungen entstehen nach diesem Denken nicht allein durch die Verwaltung des bestehenden Zustandes. Sie benötigen eine langfristige staatspolitische Vorstellung, politische Führung und die Fähigkeit, historische Gelegenheiten zu erkennen und zu nutzen.**

Damit beginnt sich bereits abzuzeichnen, warum der gewöhnliche parlamentarische Koalitionsbetrieb in Höckes strategischem Denken nur einen Teil der politischen Auseinandersetzung darstellen kann.

## **5.2 Die Funktion des Parlaments: Bühne, Ressource und Teilelement**

Für das Verständnis dieser Strategie ist entscheidend, Parlament und außerparlamentarische politische Arbeit nicht als Gegensätze zu betrachten.

Höcke lehnt parlamentarische Arbeit nicht grundsätzlich ab.

Die AfD tritt zu Wahlen an, erringt Mandate, arbeitet in Parlamenten und nutzt die dort vorhandenen politischen Instrumente.

Gleichzeitig reicht parlamentarische Arbeit nach diesem Verständnis allein nicht aus, um einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen.

Genau hier gewinnt der Begriff des „**vorpolitischen Raums**“ seine Bedeutung.

Politische Mehrheiten entstehen nicht erst am Wahltag.



Bevor ein Wähler sein Kreuz setzt, besitzt er Vorstellungen darüber, welche Probleme wichtig sind, welche politischen Begriffe er akzeptiert, welche gesellschaftlichen Entwicklungen er positiv oder negativ beurteilt und welchen politischen Akteuren er vertraut.

Diese Einstellungen entstehen außerhalb des Parlaments:

in Familien,

am Arbeitsplatz,

in Vereinen,

in Schulen und Hochschulen,

in klassischen und sozialen Medien,

in kulturellen Milieus,

in öffentlichen Debatten

und zunehmend in digitalen Gegenöffentlichkeiten.

Wer diesen gesellschaftlichen Raum verändert, verändert langfristig auch die Voraussetzungen parlamentarischer Mehrheiten.

Das Parlament erhält innerhalb einer solchen Strategie deshalb mehrere Funktionen.

### **Erstens: das Parlament als Bühne.**

Parlamentarische Reden ermöglichen öffentliche Sichtbarkeit. Themen können zugespielt, politische Gegner unmittelbar konfrontiert und Positionen in die Öffentlichkeit getragen werden.

Eine Oppositionspartei kann das Parlament deshalb nicht nur zur unmittelbaren Gesetzgebung nutzen.

Sie kann es ebenso als Verstärker gesellschaftlicher Debatten verwenden.

### **Zweitens: das Parlament als institutionelle Ressource.**

Mandate schaffen politische Infrastruktur.

Fraktionen beschäftigen Mitarbeiter und Fachreferenten. Abgeordnete erhalten Zugang zu parlamentarischen Informationen, können Anfragen stellen, Anträge einbringen, Akten und Regierungsentscheidungen politisch auswerten und professionelle Strukturen aufbauen.

Diese Ressourcenwirkung besteht objektiv unabhängig davon, welche strategische Bedeutung einzelne Politiker ihr beimessen.

Für eine langfristig arbeitende Oppositionspartei kann sie jedoch erheblich sein.



### **Drittens: das Parlament als demokratische Legitimation.**

Wahlergebnisse zeigen, dass politische Positionen nicht lediglich von außerparlamentarischen Gruppen vertreten werden, sondern einen messbaren Rückhalt innerhalb der Bevölkerung besitzen.

Je höher dieser Rückhalt wird, desto schwieriger wird es, eine politische Bewegung als gesellschaftlich bedeutungslose Randerscheinung zu behandeln.

Damit ergibt sich ein anderes Bild parlamentarischer Opposition.

Das Parlament ist nicht bedeutungslos.

Aber es ist auch nicht zwangsläufig der einzige Ort, an dem politische Macht entsteht.

**Es ist Bühne, institutionelle Ressource, demokratische Legitimation und schließlich der Ort verbindlicher politischer Entscheidungen – eingebettet in einen wesentlich größeren gesellschaftlichen Prozess.**

Damit stellt sich zwangsläufig die nächste Frage:

**Was muss zuerst entstehen – die parlamentarische Mehrheit oder die gesellschaftliche Mehrheit, die diese parlamentarische Mehrheit dauerhaft trägt?**

## **5.3 Der vorpolitische Raum – Macht beginnt vor der Wahl**

Genau an diesem Punkt unterscheidet sich eine langfristige gesellschaftspolitische Strategie von gewöhnlicher Wahlkampfaktik.

Klassischer Wahlkampf konzentriert sich darauf, innerhalb einer bestimmten politischen Situation möglichst viele Stimmen zu gewinnen.

Eine Strategie, die auf den vorpolitischen Raum zielt, versucht dagegen, die politische Situation selbst zu verändern.

Sie will nicht ausschließlich die Antwort des Wählers verändern.

Sie versucht bereits die Fragen zu verändern, über die der Wähler nachdenkt.

Welche Themen bestimmen die öffentliche Debatte?

Welche Begriffe werden verwendet?

Welche Probleme gelten als dringend?

Welche politischen Positionen erscheinen gesellschaftlich akzeptabel?

Welche Vorstellungen gelten als selbstverständlich – und welche als außerhalb des Sagbaren?

Damit wird Sprache selbst zu einem Bestandteil politischer Macht.



Eine politische Bewegung kann parlamentarisch schwach sein und dennoch langfristig Wirkung entfalten, wenn ihre Begriffe, Themen und Problemdefinitionen zunehmend von anderen gesellschaftlichen Akteuren übernommen werden.

Umgekehrt kann eine Partei parlamentarisch stark sein und gesellschaftlich an Einfluss verlieren, wenn ihre grundlegenden politischen Vorstellungen außerhalb ihrer eigenen Organisation keine dauerhafte Bindungskraft mehr besitzen.

Für eine Bewegung, die einen grundlegenden politischen Richtungswechsel anstrebt, besitzt der vopolitische Raum deshalb strategische Bedeutung.

**Die Wahlurne steht am Ende eines gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozesses – nicht an dessen Anfang.**

Damit erklärt sich auch, warum die reine Zahl parlamentarischer Mandate kein vollständiger Maßstab für politische Macht sein kann.

Eine Partei kann im Parlament isoliert sein und gleichzeitig außerhalb des Parlaments den politischen Diskurs verändern.

Genau diese Möglichkeit wird später für die Bilanz der AfD noch entscheidend werden.

## 5.4 Das Dilemma des vorschnellen „Ankommens“

Aus dieser Perspektive erhält die Frage einer frühen Regierungsbeteiligung eine andere Bedeutung.

Wenn eine Partei davon ausgeht, dass eine grundlegende politische Veränderung zunächst eine entsprechende gesellschaftliche Verschiebung benötigt, kann der möglichst schnelle Eintritt in eine Koalition sogar zum strategischen Problem werden.

Denn eine Koalition zwingt zu Kompromissen.

Der kleinere Partner kann sein Programm nicht vollständig durchsetzen.

Minister müssen innerhalb bestehender Gesetze, Haushalte, Verwaltungsstrukturen und Zuständigkeiten handeln.

Regierungspolitik verlangt täglich Entscheidungen, bei denen programmatische Maximalforderungen auf institutionelle Realität treffen.

Damit entsteht das Risiko der **Assimilation**.

Eine Partei tritt an, um bestehende politische Strukturen grundlegend zu verändern.

Sie gelangt in diese Strukturen.

Sie übernimmt Ämter.

Sie beschäftigt Mitarbeiter.



Sie trägt Regierungsentscheidungen mit.

Sie schließt Kompromisse.

Und Schritt für Schritt kann aus der fundamentalen Alternative eine weitere Partei innerhalb genau jenes politischen Betriebs werden, den sie ursprünglich verändern wollte.

Das bedeutet nicht, dass dieser Prozess zwangsläufig eintreten muss.

Aber die historischen Erfahrungen anderer Protest- und Bewegungsparteien zeigen, dass Regierungsverantwortung politische Organisationen erheblich verändern kann.

Vor diesem Hintergrund kann die Ablehnung einer vorschnellen Regierungsbeteiligung rational erklärt werden.

Sie muss nicht zwangsläufig bedeuten:

**„Wir wollen nicht regieren.“**

Sie kann ebenso bedeuten:

**„Wir wollen erst dann regieren, wenn die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse eine tatsächliche Richtungsänderung ermöglichen.“**

Das ist ein erheblicher Unterschied.

## **5.5 Opposition nicht als Endzustand, sondern als strategische Phase**

Damit verändert sich die Bewertung der Fundamentalopposition.

Wenn parlamentarische Arbeit nur einen Teil eines umfassenderen gesellschaftlichen Veränderungsprozesses darstellt, muss eine längere Oppositionsphase nicht zwangsläufig als politisches Scheitern betrachtet werden.

Sie kann als Aufbauphase verstanden werden.

Mandate schaffen Öffentlichkeit.

Öffentlichkeit verbreitet politische Begriffe.

Gesellschaftliche Debatten verändern Wahrnehmungen.

Veränderte Wahrnehmungen können Wahlentscheidungen beeinflussen.

Wachsende Wahlergebnisse schaffen wiederum zusätzliche parlamentarische Stärke und öffentliche Aufmerksamkeit.

Damit entsteht eine strategische Kette:





**vorpolitischer Einfluss → gesellschaftliche Verschiebung → wachsender Wahlerfolg → stärkere parlamentarische Position → mögliche spätere Regierungsübernahme.**

Unter dieser Voraussetzung wäre das lange Verbleiben in der Opposition nicht ausschließlich die Folge fehlender Koalitionspartner.

Es könnte zumindest für eine bestimmte Entwicklungsphase mit einer Strategie vereinbar sein, die politische Veränderung nicht mit einem möglichst schnellen Ministeramt gleichsetzt.

Das ist für die Untersuchung der Oppositionsfalle von entscheidender Bedeutung.

Denn dann müsste die Frage neu gestellt werden.

Nicht:

**Warum gelingt es Höckes Strömung nicht, möglichst schnell Regierungsverantwortung zu übernehmen?**

Sondern:

**Zu welchem Zeitpunkt soll nach dieser Strategie aus gesellschaftlicher Gegenmacht tatsächliche staatliche Gestaltungsmacht werden?**

## **5.6 Die entscheidende Grenze: Übergangsstrategie oder Dauerzustand?**

Genau hier liegt allerdings die Schwachstelle einer solchen Strategie.

Eine Oppositionsphase kann strategisch sinnvoll sein.

Sie kann aber nicht unbegrenzt mit dem Hinweis auf eine zukünftige gesellschaftliche Veränderung gerechtfertigt werden, wenn der politische Anspruch darin besteht, konkrete Probleme zu lösen.

Denn irgendwann muss eine Bewegung, die politische Gestaltung verspricht, den Übergang von der Mobilisierung zur Verantwortung vollziehen.

Damit entsteht eine entscheidende Grenze:

**Ist Fundamentalopposition ein Mittel zur späteren Erlangung politischer Gestaltungsmacht – oder wird die Fundamentalopposition irgendwann selbst zum politischen Geschäftsmodell?**

Diese Frage lässt sich nicht anhand einer einzelnen Rede beantworten.

Sie verlangt eine langfristige Betrachtung.

Welche Bedingungen nennt Höcke für eine Regierungsbeteiligung?



Welche Kompromisse wären akzeptabel?

Welche politischen Partner wären grundsätzlich denkbar?

Welche Mehrheitsverhältnisse werden angestrebt?

Welche Rolle besitzt eine eigene relative oder absolute Mehrheit?

Und vor allem:

**Existiert ein erkennbarer Übergangsplan vom vorpolitischen Kampf zur praktischen Regierungsverantwortung?**

Genau an dieser Stelle entscheidet sich, ob die langfristige Oppositionsstrategie tatsächlich auf politische Gestaltung hinausläuft – oder ob das angekündigte spätere „Ankommen“ immer weiter in die Zukunft verschoben werden kann.

## 5.7 Der strategische Kern

Führt man die einzelnen Elemente zusammen, ergibt sich ein wesentlich komplexeres Bild als die einfache Behauptung, Höcke wolle grundsätzlich nicht regieren.

Sein strategisches Denken lässt sich vielmehr entlang mehrerer Ebenen untersuchen:

**historische staatspolitische Leitbilder,**

**gesellschaftliche Veränderung im vorpolitischen Raum,**

**parlamentarische Präsenz als Teil politischer Machtbildung,**

**Skepsis gegenüber vorschneller Anpassung an den bestehenden Regierungsbetrieb**

und

**die Vorstellung eines langfristigen politischen Richtungswechsels.**

Damit erhält auch die Oppositionsfalle eine neue Bedeutung.

Höcke wäre innerhalb dieser Logik nicht einfach das passive Opfer einer politischen Isolation.

Eine längere Oppositionsphase könnte zumindest zeitweise Bestandteil der Strategie selbst sein.

Doch genau daraus entsteht die entscheidende Gegenfrage:

**Wann endet die Strategie des Wartens?**

Denn eine politische Bewegung kann jahrelang gesellschaftliche Kräfte sammeln, Debatten verändern und Wahlergebnisse steigern.



Am Ende muss sie sich dennoch daran messen lassen, ob aus diesem Einfluss tatsächliche politische Gestaltung entsteht.

Damit liegt die eigentliche Oppositionsfalle möglicherweise nicht darin, zunächst in der Opposition zu bleiben.

Sie beginnt dort, wo aus dem strategischen Übergangszustand ein politischer Dauerzustand wird.

## 6. Die Deindustrialisierung und der wirtschaftliche Niedergang

Die Konsequenzen einer ideologiegetriebenen Außenpolitik enden nicht in den Fabrikhallen der Rüstungskonzerne. Sie landen am Ende direkt im Alltag der Menschen: bei explodierenden Energiepreisen, schwindenden Arbeitsplätzen und dem schleichenden Verlust des eigenen Wohlstands.

Deutschland hat seinen wirtschaftlichen Erfolg über Jahrzehnte auf einer starken industriellen Basis aufgebaut. Chemie, Maschinenbau und die Automobilindustrie bildeten das Rückgrat eines Erfolgsmodells, das auf wettbewerbsfähiger Produktion und einer verlässlichen, günstigen Energieversorgung beruhte. Genau dieses Fundament wird derzeit sehenden Auges zertrümmert.

Im Wagenknecht-Interview wird die wirtschaftliche Schwächephase Deutschlands mit all ihren Symptomen wie Arbeitsplatzabbau und Kaufkraftverlust klar benannt. Die entscheidende Streitfrage liegt bei den Ursachen: Wie viel davon ist Folge internationaler Krisen – und wie viel wurde durch die bewussten Entscheidungen der eigenen Bundesregierung massiv verschärft? Wer diese Frage ehrlich beantworten will, kommt an den Folgen der Energie- und Sanktionspolitik nicht vorbei.

### 6.1 Die Folgen der Sanktions- und Energiepolitik

Mit dem weitgehenden Wegfall günstiger russischer Energieträger infolge des Ukrainekriegs, russischer Lieferkürzungen, der europäischen Sanktionspolitik und schließlich der Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines hat sich die wirtschaftliche Grundlage unseres Landes tiefgreifend verändert. Pipelinegas war über Jahre der Garant für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des industriellen Mittelstands.

#### Weiterführende KLARTEXT-Dossiers zu Nord Stream:

##### Teil 1 – Nord Stream: Der staatlich befohlene Anschlag

[Nord Stream – Teil 1 lesen](#)

##### Teil 2 – Nord Stream: Anschlag auf die Pipelines

[Nord Stream – Teil 2 lesen](#)

Es wäre zu einfach, sämtliche ökonomischen Probleme der Gegenwart ausschließlich den Sanktionen in die Schuhe zu schieben; Bürokratie, hohe Steuern und Fachkräftemangel wirken gleichzeitig. Aber es ist fatal, die Energiefrage kleinzureden. Für ein Unternehmen,

das Strom und Gas in gewaltigen Mengen als Rohstoff benötigt, entscheidet der Energiepreis direkt über das nackte Überleben am Weltmarkt. An dieser Stelle schlägt Außenpolitik ungebremst in Wirtschaftspolitik um.

Wenn ein mittelständischer Industriebetrieb in Deutschland dauerhaft ein Vielfaches der Produktionskosten im Vergleich zu Konkurrenten in den USA oder China tragen muss, helfen keine politischen Sonntagsreden mehr. Am Ende entscheidet allein die betriebswirtschaftliche Kalkulation. Unternehmen investieren dort, wo es sich rechnet. Kapital bleibt nicht aus Vaterlandsliebe im Land. Die Deindustrialisierung findet dabei meistens leise statt: Eine neue Anlage wird nicht mehr hier gebaut, eine Produktionslinie wird ins Ausland verlagert, ein Werk schrumpft, frei werdende Arbeitsplätze werden nicht mehr nachbesetzt. Genau diese schleichende Form macht die Entwicklung so gefährlich, denn ein Industriestandort ist schneller beschädigt, als er in Jahrzehnten wieder aufgebaut werden kann. Es ist unverantwortlich, diesen wirtschaftlichen Aderlass achselzuckend als notwendigen „Preis“ einer bestimmten Außenpolitik abzutun.

## **6.2 Der Verlust der wirtschaftlichen Souveränität**

Damit drängt sich die grundsätzliche Frage auf: Nach wessen Interessen richtet die Bundesregierung ihre Wirtschafts- und Außenpolitik eigentlich aus?

Deutschland ist keine isolierte Insel, sondern eingebunden in internationale Bündnisse wie die EU und die NATO. Doch internationale Zusammenarbeit darf niemals bedeuten, die eigenen Interessen vollständig aufzugeben. Eine Bundesregierung ist in erster Linie ihren eigenen Bürgern gegenüber verantwortlich. Sie muss bei jeder weitreichenden Entscheidung die Folgen für die heimischen Arbeitsplätze, die Industrie und den Wohlstand im eigenen Land kalkulieren.

Genau dort liegt das systemische Problem. Wenn politische Weichenstellungen permanent mit Begriffen wie „alternativlos“ oder „historischer Verantwortung“ deklariert werden, muss die investigative Gegenfrage lauten: Alternativlos für wen? Welche wirtschaftlichen Folgen wurden im Vorfeld berechnet? Welche Interessen verfolgen unsere internationalen Partner und decken sich diese überhaupt mit den deutschen Interessen? Partner und Verbündete dürfen unterschiedliche Interessen haben – die USA vertreten amerikanische Interessen, Frankreich vertritt französische Interessen. Es muss daher auch für Deutschland selbstverständlich sein, seine eigenen wirtschaftlichen Sicherheitsinteressen selbstbewusst zu definieren und zu verteidigen. Partnerschaft bedeutet Zusammenarbeit, nicht politische Selbstaufgabe.

# **7. Das Koalitionsproblem – verändert Macht oder korrumpiert sie?**

## **7.1 Was ein kleiner Koalitionspartner tatsächlich durchsetzen kann**



Die Behauptung, ein kleiner Koalitionspartner müsse zwangsläufig den größten Teil seines Programms aufgeben, klingt plausibel, lässt sich aber nicht als allgemeines Gesetz formulieren.

Politischer Einfluss hängt nicht allein vom Stimmenanteil ab.

Entscheidend sind unter anderem Mehrheitsverhältnisse, alternative Koalitionsmöglichkeiten, die Bedeutung einzelner Ressorts, Verhandlungsgeschick und die Frage, wie dringend der größere Partner den kleineren zur Regierungsbildung benötigt.

Ein kleiner Koalitionspartner kann deshalb in einzelnen Politikfeldern erheblichen Einfluss gewinnen.

Umgekehrt kann er bei anderen zentralen Forderungen weitgehend leer ausgehen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht:

**Wie viel Prozent seines Programms kann eine kleine Partei durchsetzen?**

Sondern:

**Welche ihrer zentralen Forderungen konnte sie tatsächlich in Regierungshandeln verwandeln – und welchen politischen Preis musste sie dafür bezahlen?**

## 7.2 Beispiele aus Bund und Ländern

Die Bundesrepublik bietet zahlreiche Beispiele dafür, wie Regierungsbeteiligung kleinere Parteien verändert hat.

Besonders interessant ist die FDP.

Nach ihrer Regierungsbeteiligung von 2009 bis 2013 scheiterte die FDP bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 mit 4,8 Prozent erstmals an der Fünfprozenthürde. Auch ihre Beteiligung an der sogenannten Ampelkoalition von Dezember 2021 bis zu deren Bruch im November 2024 führte zu erheblichen innerparteilichen und strategischen Konflikten. Bei der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 erreichte die FDP schließlich nur noch 4,3 Prozent der Zweitstimmen und verfehlte erneut den Einzug in den Bundestag.

Ein einfacher Kausalzusammenhang – Regierungsbeteiligung gleich Wahlniederlage – wäre jedoch unzulässig. Wirtschaftliche Entwicklungen, Regierungspolitik, Führungspersonal, Wahlkampffehler und externe Krisen beeinflussen Wahlergebnisse ebenfalls.

Gerade deshalb eignen sich solche Beispiele zur Untersuchung der Frage, wie stark kleinere Parteien zwischen eigener Programmatik und gemeinsamer Regierungsverantwortung unter Druck geraten können.



Ähnliche Konflikte lassen sich bei den Grünen beobachten, wenn Regierungsentscheidungen früheren programmatischen Positionen widersprechen oder erhebliche Kompromisse verlangen.

Entscheidend ist auch hier nicht die moralische Bewertung dieser Entscheidungen, sondern ihre politische Wirkung auf Partei, Mitglieder und Wähler.

## 7.3 Der Preis politischer Kompromisse

Opposition besitzt einen strukturellen Vorteil:

Sie kann Forderungen danach beurteilen, ob sie politisch wünschenswert sind.

Eine Regierung muss zusätzlich beantworten, ob diese Forderungen finanzierbar, rechtlich zulässig, administrativ umsetzbar und mit anderen Verpflichtungen vereinbar sind.

Damit verändert Regierungsverantwortung zwangsläufig den politischen Blickwinkel.

Was aus der Opposition eindeutig erscheint, kann sich im Ministerium als komplizierter Interessenkonflikt erweisen.

Für eine Partei entsteht daraus ein erhebliches Kommunikationsproblem.

Kompromisse können Ausdruck politischer Handlungsfähigkeit sein.

Von Teilen der eigenen Anhängerschaft können dieselben Kompromisse jedoch als Aufgabe ursprünglicher Prinzipien wahrgenommen werden.

Das ist der Preis, den parlamentarische Gestaltung regelmäßig verlangt.

## 7.4 Regierungsfähigkeit gegen programmatische Reinheit

Keine Bundesregierung kann ihr Parteiprogramm vollständig umsetzen.

Sie ist an das Grundgesetz, geltendes Recht, parlamentarische Mehrheiten, Haushaltsregeln, Gerichtsentscheidungen sowie internationale und europäische Verpflichtungen gebunden.

Hinzu kommen Koalitionspartner mit eigenen demokratischen Mandaten.

Damit entsteht ein unvermeidbares Spannungsverhältnis zwischen programmatischer Reinheit und praktischer Politik.

Eine Oppositionspartei kann dieses Spannungsverhältnis weitgehend vermeiden.

Eine Regierungspartei kann es nicht.

Genau deshalb ist Regierungsfähigkeit mehr als Wahlerfolg. Sie verlangt die Fähigkeit, zwischen politischen Zielen, rechtlichen Grenzen, tatsächlichen Mehrheiten und notwendigen Kompromissen zu unterscheiden.





## 7.5 Kann man verändern, ohne sich selbst zu verändern?

Damit führt das Koalitionsproblem zurück zur zentralen Frage dieses Dossiers.

Wer politische Institutionen verändern möchte, muss zunächst Zugang zu diesen Institutionen gewinnen.

Doch wer Ministerien führt, Haushalte verantwortet und Kompromisse schließen muss, wird gleichzeitig selbst Teil jener Strukturen, die er verändern möchte.

Darin liegt kein ausschließlich deutsches und kein ausschließlich parteipolitisches Phänomen.

Es ist ein grundsätzliches Problem parlamentarischer Demokratie.

Eine Partei kann durch Regierungsverantwortung an Radikalität verlieren, weil sie mit den praktischen Folgen ihrer eigenen Forderungen konfrontiert wird.

Sie kann dadurch jedoch gleichzeitig an tatsächlicher Gestaltungsmacht gewinnen.

Umgekehrt kann eine Partei ihre programmatische Reinheit in der Opposition bewahren – bezahlt dafür möglicherweise aber mit geringerem unmittelbarem Einfluss auf staatliche Entscheidungen.

Damit stehen zwei unterschiedliche Vorstellungen politischen Erfolgs gegenüber:

**Ist eine Partei erfolgreicher, wenn sie ihre Positionen unverändert vertritt?**

Oder:

**Ist sie erfolgreicher, wenn sie einen Teil ihrer Forderungen tatsächlich durchsetzt und dafür Kompromisse eingeht?**

Genau dieser Konflikt führt unmittelbar zur **Oppositionsfalle**.

## 8. Die Theorie vom notwendigen Zusammenbruch

### 8.1 „Es muss erst schlimmer werden“ – politische Strategie oder Erzählung?

Eine der entscheidenden Fragen dieses Dossiers betrifft eine Vorstellung, die in fundamentaloppositionellen Bewegungen immer wieder auftaucht: Grundlegende politische Veränderungen seien unter stabilen gesellschaftlichen Verhältnissen kaum möglich. Erst wenn wirtschaftlicher, sozialer oder institutioneller Druck groß genug werde, könnten bestehende politische Bindungen aufbrechen und neue Mehrheiten entstehen.

Zunächst ist daran eine nachvollziehbare politische Beobachtung enthalten.



Menschen, die mit ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Situation zufrieden sind, besitzen in der Regel weniger Anlass, einen grundlegenden politischen Kurswechsel zu unterstützen. Krisen können dagegen Vertrauen erschüttern, bisherige Parteibindungen lösen und politische Positionen mehrheitsfähig machen, die zuvor nur einen kleineren Teil der Bevölkerung erreichten.

Doch zwischen der **Feststellung**, dass Krisen politische Veränderungen auslösen können, und einer **Strategie**, die auf eine weitere Verschärfung der Verhältnisse setzt oder sie zumindest hinnimmt, besteht ein fundamentaler Unterschied.

Genau dieser Unterschied ist für die Untersuchung entscheidend.

Es muss deshalb anhand von Originalaussagen geprüft werden, ob Björn Höcke und andere Vertreter einer fundamentaloppositionellen Strategie lediglich davon ausgehen, dass weitere gesellschaftliche Krisen die politischen Mehrheitsverhältnisse verändern werden – oder ob daraus tatsächlich die Vorstellung folgt, eine grundlegende Wende könne oder solle erst nach einer erheblichen Zuspitzung der bestehenden Verhältnisse erfolgen.

Eine Prognose ist noch keine Absicht.

Wer sagt: „**Die Verhältnisse werden sich weiter verschlechtern und dadurch werden sich politische Mehrheiten verändern**“, fordert damit nicht automatisch, dass diese Verschlechterung eintreten soll.

Erst wenn aus dieser Erwartung konkrete politische Entscheidungen folgen – etwa der bewusste Verzicht auf vorhandene Gestaltungsmöglichkeiten, weil eine spätere Krise größere politische Chancen verspricht –, wird aus einer Prognose eine strategisch relevante Frage.

## 8.2 Was bedeutet gesellschaftlicher „Zusammenbruch“ überhaupt?

Der Begriff des Zusammenbruchs ist politisch wirkungsvoll, analytisch jedoch unscharf.

Er erzeugt die Vorstellung eines klaren Wendepunktes: Ein bestehendes System funktioniert nicht mehr, verliert seine gesellschaftliche Unterstützung und wird anschließend durch etwas Neues ersetzt.

Historische Krisen verlaufen jedoch häufig anders.

Volkswirtschaften können über Jahre oder Jahrzehnte an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Unternehmen können Investitionen reduzieren oder Standorte verlagern. Infrastruktur kann schleichend schlechter werden. Kaufkraft und Wohlstand können relativ oder tatsächlich sinken. Das Vertrauen in politische Institutionen kann zurückgehen, ohne dass der Staat deshalb aufhört zu funktionieren.

Zwischen wirtschaftlicher Stagnation, politischer Krise und tatsächlichem Staatsversagen liegen erhebliche Unterschiede.

Deshalb muss genau unterschieden werden zwischen:



- wirtschaftlicher Rezession oder langfristiger Stagnation,
- Verlust industrieller Leistungsfähigkeit,
- sinkendem realen Wohlstand,
- zunehmender Staatsverschuldung,
- institutionellem Vertrauensverlust,
- gesellschaftlicher Polarisierung,
- politischer Instabilität
- und einem tatsächlichen Zusammenbruch staatlicher Strukturen.

Diese Entwicklungen können miteinander verbunden sein. Sie müssen aber keineswegs gleichzeitig eintreten.

Für eine politische Strategie, die auf eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse durch zunehmenden Krisendruck setzt, entsteht daraus eine entscheidende Frage:

**Wie weit müssten sich die Verhältnisse verschlechtern, bevor die erwartete politische Veränderung tatsächlich eintritt?**

Eine Antwort darauf ist keineswegs selbstverständlich.

## **8.3 Argentinien und Venezuela – was zeigen solche Vergleiche wirklich?**

Im Ausgangsgespräch, das den Anstoß für dieses Dossier gegeben hat, verweist Frauke Petry auf Argentinien und Venezuela. Ihr Argument richtet sich gegen die Vorstellung, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Niedergang müsse zwangsläufig in einem schnellen Zusammenbruch mit anschließendem politischen Neubeginn enden.

Der Vergleich ist als Warnung vor einem solchen Automatismus interessant.

Er darf jedoch nicht als unmittelbare Prognose für Deutschland verstanden werden.

Argentinien, Venezuela und Deutschland unterscheiden sich erheblich hinsichtlich ihrer politischen Institutionen, Wirtschaftsstrukturen, Währungssysteme, internationalen Einbindung und historischen Entwicklung.

Aus der Geschichte dieser Staaten lässt sich deshalb nicht ableiten, Deutschland werde zwangsläufig einen vergleichbaren Weg nehmen.

Die Beispiele können jedoch eine wesentlich allgemeinere Frage beantworten helfen:

**Gibt es eine historische Garantie dafür, dass eine schwere wirtschaftliche oder gesellschaftliche Krise schnell zu einem politischen Neubeginn und anschließend zu besseren Verhältnissen führt?**

Eine solche Garantie existiert nicht.



Krisen können Regierungen stürzen und politische Systeme verändern. Sie können ebenso über lange Zeit anhalten, unterschiedliche Regierungen überdauern und erhebliche gesellschaftliche Schäden verursachen.

Damit verliert die Vorstellung eines notwendigen „großen Knalls“ einen Teil ihrer scheinbaren politischen Berechenbarkeit.

## 8.4 Der schleichende Niedergang als politisches Problem

Für die Frage nach der Oppositionsfalle ist deshalb möglicherweise nicht der spektakuläre Zusammenbruch das entscheidende Szenario.

Problematischer könnte ein langsamer Prozess sein.

Eine Volkswirtschaft kann über Jahre relativ zu anderen Staaten zurückfallen, ohne dass sich ein einzelner Tag bestimmen lässt, an dem der „Zusammenbruch“ stattgefunden hätte. Politische Unzufriedenheit kann wachsen, ohne dass daraus automatisch eine neue Regierungsmehrheit entsteht.

Eine oppositionelle Partei kann während eines solchen Prozesses erheblich an Zustimmung gewinnen.

Doch auch hohe Wahlergebnisse garantieren keine Regierungsbeteiligung.

Eine Partei kann von 10 auf 15 Prozent, anschließend auf 20 oder 25 Prozent wachsen und dennoch außerhalb der Regierung bleiben, wenn parlamentarische Mehrheiten und mögliche Koalitionspartner fehlen.

Damit können zwei Entwicklungen gleichzeitig stattfinden:

**Die Oppositionspartei wird stärker.**

**Die von ihr beklagten Probleme bleiben bestehen oder verschärfen sich.**

Für die Partei kann das einen wachsenden politischen Erfolg bedeuten.

Für ihre Wähler muss daraus noch kein konkreter politischer Nutzen entstehen.

Genau hier muss zwischen **Erfolg einer Partei** und **Erfolg ihrer Politik** unterschieden werden.

## 8.5 Wer trägt den Preis des Wartens?

Politische Strategien werden häufig in Wahlperioden gedacht.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Schäden folgen diesem Rhythmus nicht.



Ein verlorener Arbeitsplatz wird nicht automatisch wiederhergestellt, wenn einige Jahre später eine andere Regierung gewählt wird. Ein geschlossenes Unternehmen kehrt nicht zwangsläufig zurück. Unterlassene Investitionen können langfristige Folgen haben. Abgewanderte Fachkräfte kommen nicht automatisch wieder. Versäumnisse bei Infrastruktur und Bildung können noch Jahre später wirken.

Deshalb besitzt eine Strategie des politischen Abwartens einen Preis – unabhängig davon, welche Partei sie verfolgt.

Das bedeutet nicht, dass eine Oppositionspartei deshalb jeden politischen Kompromiss eingehen müsste. Ebenso wenig beweist eine Verschlechterung gesellschaftlicher Verhältnisse, dass eine Opposition diese Entwicklung gewollt oder bewusst gefördert hätte.

Die entscheidende Frage ist enger:

**Wenn reale Möglichkeiten zur politischen Gestaltung bestehen, wann ist es verantwortbar, auf sie zu verzichten, weil eine Partei auf zukünftig bessere Mehrheitsverhältnisse setzt?**

Diese Frage kann nur anhand konkreter Möglichkeiten beantwortet werden.

Gab es tatsächlich eine realistische Beteiligungsoption?

Welche politischen Forderungen wären durchsetzbar gewesen?

Welche Kompromisse wären verlangt worden?

Und hätte die Beteiligung tatsächlich eine Verbesserung bewirken können?

Ohne diese Gegenprüfung lässt sich weder der Vorwurf der politischen Verweigerung noch die Rechtfertigung des strategischen Abwartens überzeugend beurteilen.

## **8.6 Die entscheidende Grenze: Krise als Prognose oder als politische Voraussetzung?**

Damit lässt sich die eigentliche Streitfrage dieses Kapitels präzisieren.

Es ist politisch legitim, vor einer kommenden Krise zu warnen.

Es ist ebenso legitim, davon auszugehen, dass eine Krise bestehende Mehrheitsverhältnisse verändern könnte.

Etwas anderes wäre es jedoch, eine Verschlechterung der gesellschaftlichen Verhältnisse faktisch zur Voraussetzung des eigenen politischen Erfolgs zu machen.

Dann entstünde ein grundlegender Widerspruch:



**Eine Partei verspricht ihren Wählern, bestimmte Missstände zu beseitigen – könnte aber gleichzeitig politisch davon profitieren, dass genau diese Missstände zunächst fortbestehen oder sich sogar verschärfen.**

Damit ist noch keinerlei Absicht bewiesen.

Aber der strukturelle Interessenkonflikt ist vorhanden.

Und genau an diesem Punkt beginnt die eigentliche **Oppositionsfalle**:

**Was geschieht, wenn der Weg einer Partei zur politischen Macht zunehmend davon abhängt, dass die Probleme, deren Lösung sie verspricht, vorher noch größer werden?**

## 9. Die Oppositionsfalle

### 9.1 Politischer Erfolg ist nicht automatisch politische Wirkung

Eine Partei kann bei Wahlen erheblich stärker werden und trotzdem nur begrenzten unmittelbaren Einfluss auf die Regierungspolitik besitzen.

Wahlergebnisse, Mitgliederzahlen, Mandate, Reichweite und öffentliche Aufmerksamkeit sind messbare Formen politischen Erfolgs. Sie zeigen, wie viele Menschen einer Partei vertrauen oder zumindest bereit sind, ihr ihre Stimme zu geben.

Doch daraus folgt noch nicht, dass ihre politischen Forderungen umgesetzt werden.

Für die Untersuchung der AfD ist diese Unterscheidung von zentraler Bedeutung.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 hat sich die Partei von einer zunächst eurokritischen Neugründung zu einer dauerhaft bedeutenden politischen Kraft entwickelt. Sie zog in zahlreiche Landtage, in den Bundestag und in das Europäische Parlament ein und erreichte insbesondere in mehreren ostdeutschen Bundesländern sehr hohe Stimmenanteile.

Damit ist ihr parteipolitischer Erfolg nicht ernsthaft zu bestreiten.

Eine andere Frage ist jedoch:

**Wie viel der von ihr angekündigten politischen Veränderung ist dadurch tatsächlich eingetreten?**

Hier muss zwischen zwei verschiedenen Erfolgsmaßstäben unterschieden werden:

**Erfolg der Partei:**

Wie viele Stimmen, Mandate, Mitglieder und politische Ressourcen gewinnt sie?





### **Erfolg ihrer Politik:**

Welche ihrer Forderungen werden tatsächlich in Gesetze, Regierungsentscheidungen oder dauerhaft veränderte politische Praxis umgesetzt?

Beides kann zusammenfallen.

Es muss aber nicht.

## **9.2 Opposition kann Politik verändern, ohne selbst zu regieren**

Die bisherige Unterscheidung darf allerdings nicht zu dem falschen Schluss führen, Opposition sei politisch wirkungslos, solange sie keine Minister stellt.

Eine Oppositionspartei kann auch ohne Regierungsbeteiligung erheblichen Einfluss entwickeln.

Sie kann Themen auf die politische Tagesordnung setzen, die zuvor wenig Beachtung fanden. Sie kann andere Parteien unter Druck setzen, ihre Positionen zu verändern. Sie kann gesellschaftliche Debatten verschieben und Wählerbewegungen auslösen, auf die konkurrierende Parteien reagieren müssen.

Damit existiert neben unmittelbarer Regierungsmacht eine zweite Form politischer Wirkung:

### **indirekte politische Macht.**

Wenn eine etablierte Partei ihre Position verändert, weil sie befürchtet, ansonsten Wähler an einen politischen Konkurrenten zu verlieren, hat dieser Konkurrent Einfluss ausgeübt – selbst wenn er keinem Kabinett angehört.

Für eine faire Bilanz der AfD genügt es deshalb nicht, lediglich zu zählen, wie viele Minister sie stellt oder wie viele eigene Gesetzesentwürfe verabschiedet wurden.

Es muss ebenso untersucht werden:

**Welche politischen Debatten hat die AfD verändert?**

**Bei welchen Themen haben andere Parteien ihre Positionen verändert?**

**Und lässt sich ein Zusammenhang mit dem wachsenden Konkurrenzdruck durch die AfD tatsächlich belegen?**

Erst diese Gegenprüfung ermöglicht eine vollständige Bewertung ihres politischen Einflusses.

## **9.3 Das ungelöste Problem als Mobilisierungsquelle**

Damit entsteht allerdings ein bemerkenswertes Spannungsverhältnis.



Oppositionsparteien gewinnen häufig gerade dort Unterstützung, wo Regierungen Probleme nicht lösen oder von Wählern für Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht werden.

Das ist zunächst vollkommen normaler demokratischer Wettbewerb.

Eine Opposition soll Fehler der Regierung benennen. Sie soll politische Alternativen anbieten und gerade dadurch versuchen, neue Mehrheiten zu gewinnen.

Doch für eine erfolgreiche Protestpartei kann daraus ein strukturelles Paradoxon entstehen.

Je stärker ihre politische Identität mit bestimmten ungelösten Problemen verbunden ist, desto stärker können diese Probleme gleichzeitig ihre Mobilisierung fördern.

Das bedeutet ausdrücklich **nicht**, dass eine Partei deshalb ein Interesse daran haben muss, Probleme bewusst zu verschärfen oder deren Lösung zu verhindern.

Eine solche Absicht müsste konkret nachgewiesen werden.

Die strukturelle Frage bleibt dennoch bestehen:

### **Was geschieht mit einer Protestpartei, wenn der Protestgrund verschwindet?**

Sie muss neue Themen entwickeln, ihre politische Identität verändern oder beweisen, dass sie über die ursprünglichen Protestthemen hinaus eine umfassende Regierungsalternative darstellen kann.

Damit kann das ungelöste Problem gleichzeitig politisches Ärgernis und politische Ressource sein.

## **9.4 Die Brandmauer verändert die Gleichung**

Bei der AfD kommt ein zusätzlicher Faktor hinzu.

Andere Parteien schließen auf Bundesebene und weitgehend auch auf Landesebene Koalitionen mit ihr aus. Dadurch wird ihre unmittelbare Gestaltungsmacht begrenzt.

Diese Ausgrenzung besitzt jedoch zwei Seiten.

Sie hält die AfD einerseits von Regierungsämtern fern.

Andererseits ermöglicht sie der Partei, einen erheblichen Teil ihrer politischen Forderungen weiterhin außerhalb praktischer Regierungsverantwortung zu vertreten.

Dadurch entsteht eine ungewöhnliche Konstellation:

**Die Gegner der AfD begrenzen ihre Macht – können aber gleichzeitig dazu beitragen, ihren Status als fundamentale Opposition zu erhalten.**

Die AfD wiederum kann die Brandmauer als Beleg dafür verwenden, dass sie tatsächlich außerhalb des etablierten politischen Parteiensystems stehe.



Damit kann aus einem Instrument der politischen Begrenzung gleichzeitig ein Bestandteil der Mobilisierung des Begrenzten werden.

Ob dieser Effekt tatsächlich zusätzliche Wählerstimmen erzeugt und wie groß er ist, muss empirisch untersucht werden.

Der Mechanismus selbst ist jedoch für die Oppositionsfälle von zentraler Bedeutung.

## 9.5 Die Gefahr des Opfer-Narrativs

An dieser Stelle muss zwischen tatsächlicher Benachteiligung und politischer Opfererzählung sorgfältig unterschieden werden.

Wenn Politiker bedroht oder körperlich angegriffen, Parteibüros beschädigt oder Eigentum zerstört wird, handelt es sich nicht um eine bloße politische Inszenierung. Solche Vorgänge müssen anhand konkreter Fälle und amtlicher Daten bewertet werden und sind unabhängig von der betroffenen Partei von parlamentarischer Abgrenzung zu unterscheiden.

Etwas anderes ist die politische Interpretation solcher Ereignisse.

Eine Partei kann sehr unterschiedliche Erfahrungen – parlamentarische Ausgrenzung, öffentliche Proteste, nicht gewählte Kandidaten, gesellschaftliche Ablehnung und tatsächliche Straftaten gegen ihre Vertreter – kommunikativ zu einer gemeinsamen Erzählung verbinden:

**„Wir werden bekämpft, weil wir die einzige wirkliche Alternative darstellen.“**

Für Anhänger kann eine solche Erzählung identitätsstiftend wirken.

Sie kann darüber hinaus Menschen erreichen, die nicht jede politische Position der Partei teilen, aber den Eindruck gewinnen, mit ihr werde unfair oder unverhältnismäßig umgegangen.

Damit entsteht ein möglicher Solidarisierungseffekt.

Ob dieser Effekt tatsächlich besteht und wie stark er ist, darf nicht vorausgesetzt werden. Er muss anhand von Wahlmotiven, Umfragen und konkreten politischen Entwicklungen überprüft werden.

## 9.6 Wenn die politischen Gegner den Wahlkampf mitliefern

Damit lässt sich eine zunächst zugespitzte Beobachtung sachlich formulieren:

**Kann das Verhalten der politischen Gegner selbst zu einer Mobilisierungsquelle der AfD werden?**

Eine Oppositionspartei benötigt für ihren Erfolg nicht ausschließlich eigene politische Botschaften.



Auch Fehler, Widersprüche und unpopuläre Entscheidungen der Regierung können ihr zusätzliche Zustimmung verschaffen.

Je stärker die AfD gleichzeitig als grundsätzlich ausgeschlossene Alternative wahrgenommen wird, desto leichter kann sie Unzufriedenheit mit sehr unterschiedlichen Regierungsentscheidungen bündeln.

Das bedeutet nicht, dass jeder Stimmenzuwachs der AfD auf Fehler anderer Parteien zurückzuführen wäre.

Wahlentscheidungen besitzen zahlreiche Ursachen: Migration, wirtschaftliche Lage, soziale Sicherheit, Energiepolitik, außenpolitische Fragen, Kandidaten, regionale Unterschiede und persönliche politische Überzeugungen können gleichzeitig eine Rolle spielen.

Dennoch entsteht ein politisch relevanter Mechanismus:

**Eine Regierung kann durch ihre eigenen Entscheidungen den stärksten Gegner ihrer Politik mit mobilisieren.**

Damit wird der Erfolg einer Oppositionspartei teilweise auch von Faktoren bestimmt, die sie selbst gar nicht kontrolliert.

## 9.7 Das institutionelle Eigeninteresse

Mit dauerhaftem parlamentarischem Erfolg entstehen innerhalb jeder Partei professionelle Strukturen.

Abgeordnete erhalten Mandate. Fraktionen beschäftigen Mitarbeiter. Parteiorganisationen wachsen. Politische Karrieren entstehen. Menschen übernehmen Funktionen und bauen innerhalb einer Partei Einfluss auf.

Das ist weder ungewöhnlich noch ein Beweis für persönliche Bereicherung oder unlautere Motive.

Es gilt für Regierungs- und Oppositionsparteien gleichermaßen.

Aber Organisationen entwickeln mit zunehmender Größe zwangsläufig ein Interesse an ihrem eigenen Fortbestand.

Damit entsteht eine Frage, die grundsätzlich an jede dauerhaft erfolgreiche politische Partei gestellt werden muss:

**Kann irgendwann der Erhalt der Organisation mit dem ursprünglichen politischen Veränderungsanspruch in Konflikt geraten?**

Für eine Oppositionspartei besitzt diese Frage eine besondere Bedeutung.

Sie kann Mandate, Einfluss, öffentliche Aufmerksamkeit und organisatorische Ressourcen gewinnen, ohne gleichzeitig die Risiken unmittelbarer Regierungsverantwortung tragen zu müssen.



Das beweist nicht, dass ihre Funktionäre deshalb Opposition bevorzugen.

Es beschreibt lediglich einen möglichen institutionellen Anreiz, dessen tatsächliche Bedeutung anhand konkreter Entscheidungen untersucht werden muss.

## 9.8 Die gegenseitige Stabilisierung

Führt man die bisherigen Mechanismen zusammen, entsteht eine bemerkenswerte Möglichkeit.

Die etablierten Parteien wollen die AfD von politischer Gestaltungsmacht fernhalten.

Die AfD kann gerade diese Ausgrenzung nutzen, um ihren Status als fundamentale Alternative zu unterstreichen.

Wachsende AfD-Wahlergebnisse verstärken wiederum bei ihren Gegnern die Sorge vor ihrem politischen Einfluss.

Diese Sorge kann zu noch konsequenterer Abgrenzung führen.

Dadurch wird erneut das Außenseiter-Narrativ der AfD gestärkt.

Es entsteht möglicherweise ein selbstverstärkender Kreislauf:

**Abgrenzung → Außenseiterstatus → Mobilisierung → wachsender Wahlerfolg → stärkere Abgrenzung.**

Dafür ist keine geheime Absprache erforderlich.

Keine Seite müsste die jeweils andere bewusst stärken wollen.

Jeder politische Akteur könnte ausschließlich nach seinen eigenen Interessen handeln – und dennoch könnte das Ergebnis ein Zustand sein, der beide politischen Lager auf unterschiedliche Weise stabilisiert.

Genau deshalb muss die Brandmauer nicht nur danach beurteilt werden, welche Absicht ihre Befürworter mit ihr verfolgen.

Ebenso wichtig ist die Frage:

**Welche tatsächlichen politischen Folgen erzeugt sie?**

## 9.9 Wo endet Strategie und wo beginnt Selbsterhaltung?

Damit erreicht die Oppositionsfalle ihren eigentlichen Kern.

Es gibt legitime Gründe, eine Regierungsbeteiligung abzulehnen.



Eine Partei muss keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, der ihren grundlegenden politischen Überzeugungen widerspricht. Ebenso wenig muss sie sich an einer Regierung beteiligen, nur um Ministerposten zu erhalten.

Doch mit wachsendem Wahlerfolg stellt sich zunehmend eine andere Frage:

### **Welche realistische Strategie führt von der Opposition zur politischen Gestaltung?**

Wenn eine Partei grundlegende Veränderungen verspricht, muss irgendwann erklärbar sein, auf welchem politischen Weg diese Veränderungen tatsächlich umgesetzt werden sollen.

Reicht dafür eine relative Mehrheit?

Wird eine absolute Mehrheit angestrebt?

Sind Koalitionen unter bestimmten Bedingungen möglich?

Welche Kompromisse wären akzeptabel?

Und welche politischen Ziele besitzen Vorrang, wenn nicht alles gleichzeitig durchsetzbar ist?

Existieren darauf konkrete Antworten, besitzt eine Partei eine Machtstrategie.

Existieren hauptsächlich Antworten darauf, warum gegenwärtig jede Zusammenarbeit ausgeschlossen werden muss, besitzt sie zunächst eine Oppositionsstrategie.

Beides kann politisch legitim sein.

Aber es ist nicht dasselbe.

## **9.10 Das Paradoxon der Oppositionsfalle**

Damit lässt sich die zentrale These dieses Dossiers präziser formulieren.

Die Oppositionsfalle besteht nicht zwangsläufig darin, dass eine Partei **nicht regieren will**.

Sie kann wesentlich komplizierter sein.

Eine fundamentaloppositionelle Partei benötigt politische Macht, um die Veränderungen umzusetzen, die sie ihren Wählern verspricht.

Der Weg zu dieser Macht verlangt in einem parlamentarischen System jedoch häufig Mehrheiten, Zusammenarbeit und Kompromisse.

Genau diese Kompromisse können wiederum das politische Alleinstellungsmerkmal schwächen, durch das die Partei überhaupt groß geworden ist.

Damit entsteht das Paradoxon:





**Bleibt sie kompromisslos, kann sie ihre Identität bewahren – aber möglicherweise nicht regieren.**

**Geht sie Kompromisse ein, kann sie politische Gestaltungsmacht gewinnen – riskiert jedoch, einen Teil ihrer Identität und ihrer Anhängerschaft zu verlieren.**

Die eigentliche Frage lautet deshalb nicht mehr:

**Will die AfD überhaupt regieren?**

Sondern:

**Kann eine fundamentaloppositionelle Partei den Übergang zur Regierungspartei vollziehen, ohne genau jene Eigenschaften zu verlieren, denen sie ihren Aufstieg verdankt?**

Erst die Antwort auf diese Frage entscheidet darüber, ob dauerhafte Opposition eine vorübergehende politische Phase bleibt – oder irgendwann selbst zum stabilen Zustand wird.

## **10. Die andere Seite – rationale Gründe gegen vorschnelle Regierungsbeteiligung**

Nachdem die vorherigen Kapitel die Risiken einer dauerhaften Fundamentalopposition untersucht haben, muss die Argumentation an dieser Stelle bewusst umgedreht werden. Denn aus der Tatsache, dass eine Partei politische Gestaltungsmacht benötigt, folgt keineswegs, dass jede Regierungsbeteiligung automatisch sinnvoll wäre.

Auch die Verweigerung einer Koalition kann eine rationale politische Entscheidung sein.

Gerade für eine Partei, die ihren Aufstieg wesentlich der Kritik an bestehenden politischen Verhältnissen verdankt, kann eine zu frühe Regierungsbeteiligung erhebliche Risiken bergen. Sie muss plötzlich Entscheidungen mittragen, gegen die sie zuvor opponiert hat. Sie wird mit rechtlichen, finanziellen und administrativen Grenzen konfrontiert. Sie muss Kompromisse schließen und gegenüber ihren eigenen Anhängern erklären, warum aus weitreichenden Forderungen wesentlich kleinere Veränderungen geworden sind.

Damit besitzt die Frage nach Regierungsverantwortung zwei Seiten.

Dauerhafte Opposition kann zur Falle werden.

**Aber auch eine vorschnelle Regierungsbeteiligung kann zur Falle werden.**

### **10.1 Wann Opposition verantwortungsvoller sein kann als Regierung**

Regierungsbeteiligung besitzt keinen politischen Eigenwert.



Eine Partei wird nicht allein dadurch erfolgreicher, dass einige ihrer Vertreter Ministerämter übernehmen. Entscheidend ist, welche politischen Ziele sie dadurch tatsächlich verwirklichen kann.

Gerade ein kleinerer Koalitionspartner kann in eine Situation geraten, in der seine Stimmen zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheit benötigt werden, seine zentralen politischen Forderungen jedoch nur in geringem Umfang berücksichtigt werden.

Formal wäre die Partei dann Teil der Regierung.

Inhaltlich könnte sie trotzdem überwiegend den Kurs des größeren Koalitionspartners mittragen.

Eine solche Konstellation stellt eine Partei vor eine grundlegende Entscheidung:

**Ist begrenzte politische Gestaltung besser als keine Gestaltung?**

Oder:

**Ist der Preis der Regierungsbeteiligung so hoch, dass die Partei ihren eigentlichen Wählerauftrag stärker beschädigt, als sie durch ihre Regierungsbeteiligung erreichen kann?**

Darauf gibt es keine allgemeingültige Antwort.

Eine Partei kann durchaus verantwortungsvoll handeln, wenn sie eine Koalition ablehnt, deren gemeinsames Regierungsprogramm ihren zentralen politischen Überzeugungen widerspricht.

Das gilt insbesondere dann, wenn die Beteiligung hauptsächlich Ministerposten und institutionellen Einfluss verspricht, aber kaum Möglichkeiten zur Umsetzung derjenigen Forderungen bietet, für die die Partei gewählt wurde.

Die entscheidende Grenze verläuft deshalb nicht zwischen Regierung und Opposition.

Sie verläuft zwischen **politischer Gestaltung und bloßer Beteiligung an Macht**.

## 10.2 Das Risiko des Juniorpartners

Koalitionen beruhen auf Kompromissen.

Keine Partei kann erwarten, dass ein Koalitionspartner sein eigenes demokratisches Mandat aufgibt und einfach das Programm der anderen Seite übernimmt.

Für kleinere Parteien entsteht daraus jedoch ein besonderes Problem.

Sie tragen nach außen Verantwortung für die gesamte Regierungspolitik, obwohl sie nur einen Teil dieser Politik bestimmt haben.



Ein Minister einer kleineren Koalitionspartei kann eigene Projekte durchsetzen. Gleichzeitig muss seine Partei aber Haushalte, Gesetze und Kabinettsentscheidungen mittragen, die wesentlich von anderen Koalitionspartnern geprägt wurden.

Damit entsteht eine schwierige politische Wahrnehmung.

Erfolge lassen sich innerhalb einer Koalition nicht immer eindeutig einer einzelnen Partei zurechnen.

Misserfolge dagegen können sämtliche beteiligten Parteien treffen.

Für eine Partei, die zuvor als fundamentale Alternative aufgetreten ist, besitzt dieses Problem eine zusätzliche Dimension.

Sie hat ihren Wählern möglicherweise jahrelang erklärt, dass bestimmte politische Entscheidungen grundsätzlich falsch seien.

Nun sitzt sie mit genau den politischen Kräften am Kabinetttisch, deren Kurs sie zuvor bekämpft hat.

Der Übergang vom Protest zur Regierung verändert deshalb nicht nur die politische Verantwortung.

Er verändert die politische Identität.

Aus dem grundsätzlichen Gegner wird ein Verhandlungspartner.

Aus einer Maximalforderung wird ein Verhandlungspunkt.

Aus einem politischen Versprechen wird ein Koalitionskompromiss.

Damit kann eine kleine Partei zwar erstmals unmittelbar gestalten.

Sie muss ihren Anhängern aber gleichzeitig erklären, warum politische Realität anders aussieht als oppositionelle Forderungen.

## **10.3 Die Bürokratie schlägt die Politik**

Ein Regierungswechsel bedeutet keinen Austausch des Staates.

Ein neu ernannter Minister übernimmt kein leeres Gebäude, das anschließend nach seinen persönlichen Vorstellungen neu aufgebaut werden kann.

Er übernimmt einen bestehenden Verwaltungsapparat.

Ministerien bestehen aus Abteilungen, Unterabteilungen und Referaten mit hoch spezialisierten Beschäftigten und Beamten. Viele von ihnen arbeiten seit Jahren oder Jahrzehnten in denselben Fachgebieten.



Sie kennen Gesetze, Verordnungen, Haushaltsvorschriften, Gerichtsentscheidungen, Verwaltungsverfahren, europäische Regelungen und internationale Verpflichtungen häufig wesentlich detaillierter als ein neu ins Amt gekommener Politiker.

Der Minister besitzt die politische Leitung.

Der Apparat besitzt das institutionelle Gedächtnis.

Genau daraus entsteht ein Spannungsverhältnis, das im Wahlkampf kaum sichtbar wird.

Eine politische Forderung kann innerhalb weniger Sekunden ausgesprochen werden:

**„Das schaffen wir ab.“**

**„Das ändern wir sofort.“**

**„Das wird unter unserer Regierung nicht mehr passieren.“**

Im Ministerium beginnt anschließend eine völlig andere Arbeit.

Besitzt der Bund überhaupt die erforderliche Zuständigkeit?

Muss ein bestehendes Gesetz geändert werden?

Benötigt das Vorhaben eine Mehrheit im Bundestag?

Ist die Zustimmung des Bundesrates erforderlich?

Berührt die Entscheidung Grundrechte?

Existieren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts?

Stehen europäische Vorschriften entgegen?

Müssen internationale Verträge verändert oder gekündigt werden?

Welche finanziellen Folgen entstehen?

Welche Behörden müssen die Entscheidung anschließend praktisch umsetzen?

Und wie lange dauert diese Umsetzung?

Damit wird aus einer politischen Forderung ein juristisches, administratives und finanzielles Projekt.

**Der Apparat „erzieht“ den Minister, nicht umgekehrt.**

Diese Formulierung bedeutet nicht, dass Beamte über der demokratisch gewählten Regierung stehen oder einen Minister nach Belieben daran hindern könnten, seine Politik zu verfolgen.



Sie beschreibt vielmehr einen grundlegenden Realitätseffekt:

**Der politische Wille trifft im Regierungsalltag auf die Grenzen des tatsächlich Machbaren.**

Ein Minister kann Prioritäten verändern.

Er kann Gesetzentwürfe initiieren.

Er kann sein Ministerium politisch neu ausrichten.

Er kann Personalentscheidungen treffen und innerhalb seiner Zuständigkeit Weisungen erteilen.

Aber er kann geltendes Recht nicht durch politischen Willen ersetzen.

Er kann keine parlamentarische Mehrheit anweisen.

Er kann dem Bundesrat keine Zustimmung befehlen.

Er kann verfassungsrechtliche Zuständigkeiten nicht ignorieren.

Und er kann internationale oder europäische Verpflichtungen nicht allein dadurch beseitigen, dass seine Partei deren Abschaffung in ein Wahlprogramm geschrieben hat.

Gerade eine fundamentaloppositionelle Partei würde diesen Unterschied nach einer Regierungsübernahme besonders deutlich erleben.

Je größer der Abstand zwischen ihren Wahlversprechen und den bestehenden institutionellen Strukturen ist, desto stärker wäre der Realitätsschock.

## **10.4 Der Kompromiss als Verrat**

Zur administrativen Realität kommt die parlamentarische Realität.

Wer keine eigene absolute Mehrheit besitzt, benötigt andere politische Kräfte.

Diese besitzen ebenfalls Wähler, Programme und politische Grenzen.

Damit wird der Kompromiss unvermeidbar.

Für klassische Regierungsparteien gehört diese Erfahrung seit Jahrzehnten zum politischen Alltag.

Für eine Protestpartei kann sie wesentlich gefährlicher sein.

Eine solche Partei gewinnt einen Teil ihrer politischen Attraktivität gerade daraus, eindeutige Antworten zu geben und sich von den etablierten Parteien abzugrenzen.

Ihre Anhänger erwarten deshalb möglicherweise nicht nur eine andere politische Richtung.



Sie erwarten eine andere **Art von Politik**.

Dann kann bereits der normale parlamentarische Kompromiss als Aufgabe des ursprünglichen Versprechens erscheinen.

Ein vereinfachtes Beispiel zeigt das Problem:

Eine Partei fordert eine grundlegende Veränderung eines Gesetzes.

In Koalitionsverhandlungen kann sie nur einen Teil ihrer Forderung durchsetzen.

Die Parteiführung erklärt anschließend:

**„Ohne unsere Regierungsbeteiligung wäre überhaupt nichts verändert worden. Wir haben einen wichtigen ersten Schritt erreicht.“**

Teile der Anhängerschaft können dagegen sagen:

**„Ihr habt genau den Kompromiss geschlossen, gegen den ihr jahrelang angetreten seid.“**

Beide Bewertungen können aus ihrer jeweiligen Perspektive nachvollziehbar sein.

Die Parteiführung misst Erfolg an der tatsächlich erreichten Veränderung.

Die enttäuschte Basis misst Erfolg am ursprünglichen Versprechen.

Genau daraus entsteht der **Kompromiss als Verrat**.

Nicht weil jeder Kompromiss tatsächlich Verrat wäre.

Sondern weil eine Partei, deren politische Identität stark auf Kompromisslosigkeit beruht, wesentlich größere Schwierigkeiten besitzt, Kompromisse gegenüber ihrer eigenen Anhängerschaft zu legitimieren.

## 10.5 Der doppelte Realitätsschock

Eine Protestpartei trifft beim Eintritt in eine Regierung deshalb auf zwei verschiedene Grenzen.

**Die äußere Grenze** besteht aus Verfassung, Gesetzen, Verwaltung, Haushalt, parlamentarischen Mehrheiten, föderalen Zuständigkeiten sowie europäischen und internationalen Bindungen.

**Die innere Grenze** besteht aus den Erwartungen der eigenen Mitglieder und Wähler.

Beide Grenzen können sich gegenseitig verstärken.

Je stärker die institutionellen Bedingungen eine Partei zu Kompromissen zwingen, desto größer kann die Enttäuschung jener Anhänger werden, die gerade wegen ihrer kompromisslosen Positionen zu ihr gekommen sind.



Damit entsteht ein schwieriges Paradoxon:

**Je regierungsfähiger eine fundamentaloppositionelle Partei wird, desto stärker muss sie möglicherweise Eigenschaften entwickeln, die sie den etablierten Parteien ähnlicher machen.**

Sie benötigt Fachpolitiker.

Sie benötigt Verwaltungserfahrung.

Sie benötigt juristische Expertise.

Sie muss Prioritäten setzen.

Sie muss zwischen maximalen Forderungen und tatsächlich erreichbaren Zielen unterscheiden.

Sie muss verhandeln.

Und sie muss Verantwortung für Entscheidungen übernehmen, die nicht vollständig ihrem eigenen Programm entsprechen.

All das kann politische Professionalität bedeuten.

Für Teile einer fundamentaloppositionellen Anhängerschaft kann genau dieselbe Entwicklung jedoch als Anpassung an das bekämpfte System erscheinen.

- **Die administrative Blockade (Das Recht schlägt das Versprechen):** Der Eintritt in eine Landesregierung konfrontiert eine Protestpartei am ersten Tag mit den rechtlichen Rahmenbedingungen des Verfassungs- und Europarechts. Radikale, im Wahlkampf wirksame Forderungen scheitern im praktischen Handeln umgehend an den Schranken des Bundesverfassungsgerichts, bestehenden internationalen Verträgen sowie den Haushaltsgesetzen. Der Wähler, der auf eine sofortige, pauschale Umsetzung der Programmatik gehofft hat, erlebt hierdurch eine systemische Verzögerung und Verwässerung der Ergebnisse im bürokratischen Alltag.
- **Das legislative Dilemma (Kompromiss vs. Kernbasis):** Da in der bundesdeutschen Verfassungswirklichkeit Regierungen auf Landes- und Bundesebene fast ausnahmslos Koalitionen erfordern, bricht die Notwendigkeit des Verhandelns die programmatische Reinheit. Das Eingehen von Zugeständnissen spaltet die eigene Wählerschaft in zwei Lager:
  - **Pragmatische Unterstützer** bewerten bereits das Erreichen kleinerer Teilerfolge und die formale Beteiligung an der Macht als Fortschritt.
  - **Die radikale Kernbasis** interpretiert das Aufgeben von Maximalforderungen im Rahmen von Koalitionsverträgen als systemische Anpassung und Verrat an den ursprünglichen Prinzipien.

## 10.6 Das „historische Gesetz“ – werden Protestparteien durch Regierungsverantwortung gezähmt?



Aus diesen Mechanismen entsteht eine weitreichende These:

**Protestparteien verlieren durch Regierungsverantwortung zwangsläufig ihren ursprünglichen Charakter.**

Man könnte daraus sogar ein vermeintliches „historisches Gesetz“ ableiten:

Eine Protestbewegung gelangt in staatliche Institutionen und entwickelt anschließend einen von zwei möglichen Wegen.

**Pfad A: Professionalisierung und Integration.**

Die Partei lernt den Regierungsapparat kennen, entwickelt Fachpolitiker, akzeptiert institutionelle Grenzen und wird schrittweise zu einer etablierten politischen Kraft.

**Pfad B: Überforderung und Zerfall.**

Die Widersprüche zwischen Maximalforderungen und Regierungsrealität führen zu innerparteilichen Konflikten, enttäuschten Anhängern, personellen Krisen und schließlich zu erheblichen Wahlverlusten.

Die Vorstellung ist verführerisch.

Als historisches Gesetz wäre sie jedoch erst dann belastbar, wenn sich dieses Muster tatsächlich über unterschiedliche Länder und Parteien hinweg nachweisen ließe.

Gerade deshalb lohnt der Blick auf konkrete Vergleichsfälle.

## **10.7 Die Grünen – vom Protest zur Regierungspartei**

Die Grünen entstanden Anfang der 1980er Jahre aus Umwelt-, Friedens-, Anti-Atomkraft- und anderen sozialen Bewegungen.

Teile der Partei verstanden sich ausdrücklich als Gegenentwurf zum etablierten Parteiensystem.

Bereits früh entstand innerhalb der Partei ein Konflikt, der für die heutige Untersuchung bemerkenswert ist:

**Fundamentalisten gegen Realpolitiker – „Fundis“ gegen „Realos“.**

Die grundlegende Streitfrage ähnelt dem Problem dieses Dossiers:

Soll eine Bewegung ihre ursprünglichen Positionen möglichst kompromisslos vertreten?

Oder soll sie Regierungsverantwortung übernehmen und dafür Kompromisse akzeptieren?

Mit zunehmender Regierungsbeteiligung setzte sich langfristig der realpolitische Weg durch.



Die Grünen übernahmen Regierungsverantwortung in Ländern und ab 1998 gemeinsam mit der SPD im Bund.

Besonders deutlich wurde der Konflikt 1999 beim Kosovo-Krieg.

Eine Partei mit starken pazifistischen Wurzeln musste als Regierungspartei über die Beteiligung Deutschlands an einem militärischen Einsatz entscheiden.

Die Auseinandersetzung führte zu heftigen innerparteilichen Konflikten.

Die Grünen zerbrachen daran jedoch nicht.

Stattdessen veränderten sie sich.

Aus einer ursprünglich stark bewegungsorientierten Protestpartei wurde über Jahrzehnte eine Partei, die Regierungsbeteiligung auf Landes- und Bundesebene als normalen Bestandteil ihrer politischen Strategie betrachtet.

Das Beispiel zeigt deshalb einen möglichen Pfad:

**Regierungsverantwortung kann eine Protestpartei erheblich verändern und institutionell integrieren, ohne sie politisch zu zerstören.**

Ob man diese Entwicklung als notwendige Professionalisierung oder als Verlust ursprünglicher Grundsätze bewertet, ist eine politische Wertung.

Die Transformation selbst ist jedoch offensichtlich.

## 10.8 Die FPÖ – Regierung, Krise und Wiederaufstieg

Die österreichische FPÖ bietet einen anderen Vergleich.

Ihre Regierungsbeteiligung mit der ÖVP ab dem Jahr 2000 führte zu erheblichen innerparteilichen Spannungen.

Der Wechsel von einer stark oppositionellen Partei in Regierungsverantwortung zwang sie zu Entscheidungen und Kompromissen, die innerhalb der eigenen Anhängerschaft und Parteiorganisation Konflikte auslösten.

Die Auseinandersetzungen führten schließlich zu einer schweren Parteikrise und zur Spaltung.

Damit scheint die FPÖ zunächst den zweiten möglichen Pfad zu bestätigen:

**Regierungsbeteiligung kann eine Protestpartei innerparteilich destabilisieren und erhebliche Wahlverluste auslösen.**

Doch die weitere Entwicklung widerspricht wiederum der Vorstellung eines einfachen historischen Gesetzes.

Die FPÖ verschwand nicht dauerhaft.



Sie konnte sich politisch neu aufbauen und erneut erhebliche Wahlerfolge erzielen.

2017 trat sie wiederum in eine Bundesregierung mit der ÖVP ein.

Diese Koalition endete 2019 nach der Ibiza-Affäre vorzeitig.

Auch danach blieb die Partei jedoch ein bedeutender Faktor der österreichischen Politik.

Der Fall FPÖ zeigt deshalb etwas Komplexeres:

**Regierungsverantwortung kann eine Protestpartei schwer beschädigen – sie muss ihre langfristige Mobilisierungsfähigkeit aber nicht zwangsläufig zerstören.**

## **10.9 Die Fünf-Sterne-Bewegung – vom Anti-Establishment zur Regierung**

Besonders interessant ist die italienische Fünf-Sterne-Bewegung.

Sie entstand mit einem ausgeprägten Anti-Establishment-Anspruch und stellte sich gegen große Teile des traditionellen italienischen Parteiensystems.

Innerhalb weniger Jahre entwickelte sie sich zu einer der stärksten politischen Kräfte des Landes.

Dann kam der entscheidende Schritt:

Aus der Protestbewegung wurde eine Regierungspartei.

Damit musste sie Bündnisse mit politischen Kräften eingehen, von denen sie sich zuvor teilweise fundamental abgegrenzt hatte.

Die Bewegung wurde mit denselben Problemen konfrontiert, die für jede Protestpartei beim Übergang zur Macht entstehen:

Koalitionszwänge.

Regierungsverantwortung.

Personalentscheidungen.

Haushaltsfragen.

Europäische Verpflichtungen.

Und die Notwendigkeit, den eigenen Anhängern Kompromisse zu erklären.

Die anschließende Entwicklung war von erheblichen politischen und personellen Veränderungen sowie starken Verlusten gegenüber früheren Wahlergebnissen geprägt.



Auch dieses Beispiel beweist kein allgemeines Gesetz.

Es zeigt jedoch erneut:

**Der Übergang von fundamentaler Opposition zu praktischer Regierungsverantwortung verändert eine Protestpartei tiefgreifend.**

## 10.10 Was die drei Beispiele tatsächlich zeigen

Die Grünen, die FPÖ und die Fünf-Sterne-Bewegung sind politisch und ideologisch kaum miteinander vergleichbar.

Gerade deshalb ist eine Gemeinsamkeit bemerkenswert:

Alle drei mussten nach dem Übergang von Protest beziehungsweise scharfer Opposition zu Regierungsverantwortung ihre ursprünglichen Positionen mit den praktischen Bedingungen politischer Macht vereinbaren.

Die Ergebnisse waren unterschiedlich.

Die Grünen entwickelten sich langfristig zu einer etablierten Regierungspartei.

Die FPÖ durchlief schwere Krisen, Spaltungen und Wiederaufstiege.

Die Fünf-Sterne-Bewegung musste nach ihrem rasanten Aufstieg erhebliche politische Veränderungen und Wahlverluste verkraften.

Ein zwingendes „historisches Gesetz“ lässt sich daraus nicht ableiten.

Aber eine **Risiko-Hypothese** lässt sich formulieren:

**Je stärker eine Partei ihren Aufstieg der fundamentalen Abgrenzung vom bestehenden politischen System verdankt, desto schwieriger kann der Übergang in eine Regierung werden, die innerhalb genau dieses Systems handeln muss.**

Damit erhält auch die strategische Debatte innerhalb der AfD einen nachvollziehbaren Hintergrund.

## 10.11 Höckes Befürchtung – politische Verweigerung oder strategische Vorsicht?

Vor diesem Hintergrund muss auch Björn Höckes Warnung vor einem zu frühen politischen „Ankommen“ differenzierter betrachtet werden.

Die Befürchtung, eine fundamentaloppositionelle Partei könne durch eine frühe Regierungsbeteiligung ihren ursprünglichen Charakter verlieren, ist nicht völlig aus der Luft gegriffen.

Historische Vergleichsfälle zeigen, dass Regierungsverantwortung Parteien verändern kann.



Sie professionalisiert.

Sie zwingt zu Kompromissen.

Sie konfrontiert politische Forderungen mit rechtlichen und administrativen Grenzen.

Sie erzeugt neue Funktionsstrukturen.

Und sie zwingt eine Partei dazu, nicht mehr nur die Fehler anderer zu beurteilen, sondern die Folgen eigener Entscheidungen zu verantworten.

Daraus folgt jedoch noch nicht, dass eine Strategie des langfristigen Abwartens automatisch erfolgreicher wäre.

Denn auch sie besitzt einen Preis.

Eine Partei kann ihre politische Identität bewahren und gleichzeitig jahrelang kaum unmittelbare Gestaltungsmacht besitzen.

Damit stehen zwei Risiken gegeneinander:

Das Risiko der Anpassung durch Regierungsbeteiligung und das Risiko der politischen Wirkungslosigkeit durch dauerhafte Opposition.

## 10.12 Die Grenze zwischen Prinzipientreue und Verweigerung

Damit lässt sich die Gegenfrage zur Oppositionsfalle präzise formulieren.

Eine Partei muss nicht jeden Kompromiss akzeptieren.

Im Gegenteil: Eine Partei ohne unverhandelbare Grundpositionen würde ihren Wählern kaum erklären können, wofür sie überhaupt steht.

Deshalb kann die Ablehnung einer Koalition Ausdruck politischer Prinzipientreue sein.

Entscheidend ist jedoch, ob grundsätzlich Bedingungen existieren, unter denen politische Zusammenarbeit möglich wäre.

Eine Partei könnte beispielsweise festlegen:

**Diese Kernforderungen sind unverzichtbar.**

**Über diese Punkte können wir verhandeln.**

**Diese Ziele können schrittweise umgesetzt werden.**

Damit besitzt sie eine erkennbare Strategie für den Übergang von Opposition zu Regierung.



Anders wäre eine Position, bei der Zusammenarbeit grundsätzlich so lange ausgeschlossen bleibt, bis sich die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse vollständig verändert haben.

Dann würde aus einer Verhandlungsposition eine zeitlich kaum begrenzbare Oppositionsstrategie.

Genau deshalb muss bei Höcke und anderen Vertretern der AfD anhand konkreter Aussagen und Entscheidungen geprüft werden:

**Welche Kompromisse wären überhaupt akzeptabel?**

**Welche Bedingungen müssten für eine Regierungsbeteiligung erfüllt sein?**

**Welche politischen Ziele besitzen Vorrang?**

**Und gibt es einen realistischen Weg von der heutigen Oppositionsrolle zur tatsächlichen Regierungsverantwortung?**

## 10.13 Die Gegenprobe zur Oppositionsfalle

Damit liefert dieses Kapitel die notwendige Gegenprobe.

Es wäre falsch, fehlende Regierungsbeteiligung automatisch als fehlenden Regierungswillen zu interpretieren.

Es wäre ebenso falsch, Kompromissbereitschaft automatisch mit politischer Verantwortung gleichzusetzen.

Eine Partei kann durch einen schlechten Kompromiss mehr von ihrem politischen Auftrag verlieren, als sie durch einige Ministerämter gewinnt.

Sie kann umgekehrt durch dauerhafte Kompromisslosigkeit ihre politische Identität vollständig bewahren und trotzdem kaum eines ihrer zentralen Ziele verwirklichen.

Zwischen diesen beiden Extremen liegt die eigentliche Herausforderung parlamentarischer Politik.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht:

**Regierung oder Opposition?**

Sondern:

**Unter welchen Bedingungen kann eine politische Kraft genügend Macht gewinnen, um reale Veränderungen durchzusetzen, ohne dabei genau jene Grundsätze aufzugeben, für die ihre Wähler sie gewählt haben?**





Diese Frage lässt sich nicht theoretisch entscheiden.

Sie kann nur anhand konkreter politischer Entscheidungen, tatsächlicher Koalitionsmöglichkeiten und überprüfbarer Ergebnisse beantwortet werden.

Und genau damit führt die Untersuchung zum nächsten Problem:

**Was geschieht, wenn eine Partei diesen Realitätstest über Jahre überhaupt nicht absolvieren kann – weil politische Zusammenarbeit mit ihr grundsätzlich ausgeschlossen wird?**

## **11. Das Ausgrenzungsparadoxon – wenn Abgrenzung den Gegner stärken kann**

Die bisherigen Kapitel haben zwei unterschiedliche Risiken sichtbar gemacht.

Auf der einen Seite kann dauerhafte Opposition dazu führen, dass eine Partei zwar wächst, ihre politischen Ziele aber nur begrenzt in konkrete Regierungspolitik übersetzen kann.

Auf der anderen Seite kann eine zu frühe Regierungsbeteiligung eine Protestpartei verändern, zu weitreichenden Kompromissen zwingen und gerade jene politische Identität beschädigen, der sie ihren Aufstieg verdankt.

Bei der AfD kommt jedoch ein weiterer Faktor hinzu:

**Die Entscheidung über den Übergang von Opposition zu Regierung liegt nicht allein bei ihr selbst.**

Selbst wenn innerhalb der Partei eine Mehrheit für Regierungsverantwortung vorhanden wäre, benötigt sie in einem parlamentarischen System entsprechende Mehrheiten oder Koalitionspartner.

Genau hier kommt die sogenannte Brandmauer ins Spiel.

Sie soll den politischen Einfluss der AfD begrenzen.

Doch möglicherweise erzeugt sie gleichzeitig Wirkungen, die genau das Gegenteil bewirken.

Damit entsteht ein weiteres Paradoxon:

**Kann die dauerhafte Ausgrenzung einer Partei ausgerechnet jene politische Kraft stärken, deren Einfluss sie begrenzen soll?**

### **11.1 Die Brandmauer als politischer Schutzmechanismus**

Aus Sicht ihrer Befürworter besitzt die Brandmauer eine klare politische Begründung.



Parteien sind in einer parlamentarischen Demokratie nicht verpflichtet, miteinander zu koalieren.

Politische Zusammenarbeit setzt ein Mindestmaß an Übereinstimmung voraus. Wo Parteien grundlegende Positionen einer anderen politischen Kraft ablehnen oder diese als Gefahr für demokratische Institutionen betrachten, können sie eine Zusammenarbeit grundsätzlich ausschließen.

Die Brandmauer wird von ihren Befürwortern deshalb nicht als undemokratische Ausgrenzung verstanden, sondern als Ausdruck eigener politischer Verantwortung.

Dieses Argument muss ernst genommen werden.

Eine demokratische Wahl verschafft einer Partei Mandate entsprechend ihrem Wahlergebnis.

Sie verschafft ihr jedoch keinen automatischen Anspruch darauf, dass andere Parteien mit ihr koalieren, ihre Kandidaten wählen oder ihre politischen Forderungen unterstützen.

Damit besitzt die Brandmauer zunächst eine einfache Logik:

**Wer eine politische Kraft für grundsätzlich nicht koalitionsfähig hält, verweigert ihr die Zusammenarbeit.**

Doch die demokratische Legitimität einer solchen Entscheidung beantwortet noch nicht die Frage nach ihrer politischen Wirkung.

Eine Strategie kann rechtlich und demokratisch zulässig sein – und trotzdem unbeabsichtigte Folgen erzeugen.

Genau diese Folgen sind für die Oppositionsfälle entscheidend.

## 11.2 Die zwei Wirkungen derselben Mauer

Die unmittelbare Wirkung der Brandmauer ist offensichtlich.

Sie erschwert der AfD den Zugang zu Regierungsämtern und parlamentarischen Mehrheiten.

Solange andere Parteien eine Koalition ausschließen, reicht selbst ein sehr hohes Wahlergebnis möglicherweise nicht zur Regierungsbildung.

Doch dieselbe Brandmauer besitzt eine zweite Wirkung.

Sie schafft eine außergewöhnlich klare politische Trennlinie.

Auf der einen Seite steht die AfD.

Auf der anderen Seite stehen Parteien, die trotz teilweise erheblicher programmatischer Unterschiede eine Zusammenarbeit mit der AfD ausschließen.

Dadurch entsteht für die AfD eine kommunikativ günstige Konstellation.



Sie kann argumentieren:

**„Wir sind tatsächlich die einzige grundlegende Alternative – denn alle anderen Parteien grenzen uns gemeinsam aus.“**

Ob daraus folgt, dass die anderen Parteien politisch tatsächlich „alle gleich“ wären, ist eine völlig andere Frage.

Zwischen CDU/CSU, SPD, Grünen, Linken, FDP und weiteren Parteien bestehen erhebliche programmatische Unterschiede.

Doch politische Wahrnehmung entsteht nicht ausschließlich durch Parteiprogramme.

Sie entsteht ebenso durch sichtbares Verhalten.

Wenn sehr unterschiedliche Parteien in einem Punkt gemeinsam auftreten – der Abgrenzung gegenüber der AfD –, kann daraus beim Wähler das Bild eines gemeinsamen politischen Blocks entstehen.

Damit kann die Brandmauer genau jene Erzählung stärken, die sie eigentlich schwächen soll.

## **11.3 Der Außenseiterstatus als politisches Kapital**

Für eine Protestpartei ist der Außenseiterstatus nicht zwangsläufig ein Nachteil.

Er kann ein wesentlicher Bestandteil ihrer politischen Identität sein.

Eine Partei, die behauptet, grundlegende Veränderungen seien innerhalb des bestehenden politischen Systems notwendig, muss ihren Anhängern erklären können, wodurch sie sich von den übrigen politischen Kräften unterscheidet.

Je deutlicher diese Abgrenzung sichtbar wird, desto leichter kann sie diesen Anspruch vermitteln.

Die Brandmauer liefert dafür ein besonders starkes Symbol.

Die AfD muss ihren Außenseiterstatus nicht allein behaupten.

Ihre politischen Gegner bestätigen ihn durch ihre eigene Abgrenzung.

Damit entsteht eine ungewöhnliche Situation:

**Die Gegner einer Partei können selbst dazu beitragen, deren zentrales politisches Selbstbild glaubwürdiger erscheinen zu lassen.**

Das bedeutet noch nicht, dass die Brandmauer automatisch Stimmen für die AfD erzeugt.

Wahlentscheidungen besitzen zahlreiche Ursachen.

Doch sie kann eine politische Erzählung verstärken:



**„Wir gegen die anderen.“**

Für eine Partei, deren Mobilisierung wesentlich auf der Kritik am bestehenden politischen System beruht, kann genau diese Konstellation von erheblichem Wert sein.

## **11.4 Der Fairnessreflex**

Politische Unterstützung entsteht nicht ausschließlich aus vollständiger programmatischer Übereinstimmung.

Menschen reagieren auch auf wahrgenommene Fairness oder Unfairness.

Ein Wähler kann eine Partei politisch ablehnen und trotzdem zu dem Schluss gelangen, dass sie in einer bestimmten Situation unfair behandelt wurde.

Diese Unterscheidung ist für die Wirkung politischer Ausgrenzung wichtig.

Je stärker Menschen den Eindruck gewinnen, eine Partei werde nicht mehr aufgrund einzelner Positionen bekämpft, sondern unabhängig von konkreten Sachfragen grundsätzlich ausgeschlossen, desto eher kann ein Solidarisierungseffekt entstehen.

Der Gedankengang lautet dann nicht zwingend:

**„Ich teile das Programm dieser Partei.“**

Er kann ebenso lauten:

**„Ich finde nicht alles richtig, was diese Partei sagt – aber so sollte man mit einem politischen Konkurrenten nicht umgehen.“**

Ob und in welchem Umfang ein solcher Fairnessreflex tatsächlich AfD-Wahlentscheidungen beeinflusst, muss empirisch untersucht werden.

Er darf nicht einfach vorausgesetzt werden.

Doch als politischer Mechanismus ist er relevant.

Denn eine Strategie der maximalen Abgrenzung kann nicht nur überzeugte Anhänger der ausgegrenzten Partei erreichen.

Sie kann möglicherweise auch Menschen mobilisieren, deren Motivation weniger aus programmatischer Zustimmung als aus Protest gegen die wahrgenommene Behandlung dieser Partei entsteht.

## **11.5 Politische Gewalt – eine andere Kategorie**

An dieser Stelle muss eine klare Grenze gezogen werden.



Parlamentarische Abgrenzung, verweigerter Koalitionen, öffentliche Kritik oder Demonstrationen gegen eine Partei gehören zum demokratischen Wettbewerb.

Gewalt, Bedrohungen und gezielte Sachbeschädigungen gehören nicht in dieselbe Kategorie.

Politiker unterschiedlicher Parteien sind in Deutschland Ziel von Beleidigungen, Bedrohungen, Sachbeschädigungen und körperlichen Angriffen geworden.

Für die demokratische Bewertung darf die Parteizugehörigkeit des Betroffenen keinen unterschiedlichen Maßstab begründen.

Ein körperlicher Angriff auf einen AfD-Politiker ist nicht deshalb weniger schwerwiegend, weil man dessen politische Positionen ablehnt.

Dasselbe gilt umgekehrt für Angriffe auf Politiker anderer Parteien.

Auch Angehörige und Familien politischer Akteure dürfen nicht zum Ziel politischer Einschüchterung werden.

Die entscheidende demokratische Grenze lautet:

**Politischer Streit richtet sich gegen Positionen und Entscheidungen – nicht gegen die körperliche Unversehrtheit eines Menschen oder seiner Familie.**

Für dieses Dossier dürfen deshalb einzelne spektakuläre Fälle nicht stellvertretend für die gesamte Entwicklung verwendet werden.

Entscheidend sind belastbare Daten:

Wie viele politisch motivierte Straftaten richten sich gegen Vertreter unterschiedlicher Parteien?

Welche Delikte werden erfasst?

Wie haben sich die Zahlen entwickelt?

Welche Täter beziehungsweise Motivlagen konnten festgestellt werden?

Und wie unterscheiden sich Bedrohungen, Sachbeschädigungen und tatsächliche körperliche Angriffe?

Erst danach lässt sich beurteilen, ob öffentliche Darstellungen der politischen Gewalt das tatsächliche Gesamtbild angemessen wiedergeben.

## 11.6 Vom tatsächlichen Angriff zum politischen Narrativ

Reale Angriffe besitzen neben ihren unmittelbaren Folgen zwangsläufig eine politische Wirkung.



Eine Partei, die sich ohnehin als ausgegrenzte Opposition versteht, kann solche Vorfälle in ein größeres Narrativ einordnen.

Dabei können sehr unterschiedliche Vorgänge kommunikativ miteinander verbunden werden:

verweigerte Koalitionen,

nicht gewählte Kandidaten,

Proteste gegen Parteiveranstaltungen,

gesellschaftliche Ablehnung,

Beschädigungen von Parteieigentum,

Bedrohungen

und tatsächliche körperliche Angriffe.

Aus diesen sehr unterschiedlichen Ereignissen kann anschließend eine gemeinsame politische Erzählung entstehen:

**„Man will uns nicht nur politisch besiegen – man will verhindern, dass wir überhaupt wirksam werden.“**

Hier muss besonders sorgfältig getrennt werden.

Ein dokumentierter Angriff bleibt ein dokumentierter Angriff.

Die Schlussfolgerung, dieser Angriff repräsentiere das Verhalten eines gesamten politischen Lagers oder gar des gesamten Staates, ist dagegen eine politische Interpretation.

Derselbe Maßstab muss für sämtliche Parteien gelten.

Die Tat eines einzelnen Extremisten beweist nicht die Verantwortung von Millionen Menschen, die möglicherweise ähnliche politische Grundpositionen vertreten.

Gerade deshalb muss untersucht werden, **wie reale Vorfälle politisch kommuniziert werden** – sowohl von den Betroffenen als auch von ihren Gegnern.

## **11.7 Wenn die Gegner einen Teil der Mobilisierung übernehmen**

Damit gelangen wir zu einer zunächst paradox klingenden Frage:

**Wie viel eigenen Wahlkampf muss eine Protestpartei noch leisten, wenn die Regierung und ihre politischen Gegner ständig neue Mobilisierungsanlässe liefern?**

Diese Frage darf nicht missverstanden werden.



Keine Oppositionspartei gewinnt automatisch Stimmen, nur weil eine Regierung Fehler macht.

Sie benötigt Kandidaten, Organisation, politische Botschaften und das Vertrauen von Wählern.

Aber Opposition besitzt einen strukturellen Vorteil:

Sie muss nicht sämtliche Probleme selbst erzeugen, über die sie spricht.

Regierungsentscheidungen, wirtschaftliche Schwierigkeiten, gesellschaftliche Konflikte und öffentliche Kontroversen können ihr Themen liefern, mit denen sie ihre politische Kritik begründet.

Je stärker gleichzeitig die Brandmauer wirkt, desto einfacher kann die AfD unterschiedliche Formen der Unzufriedenheit unter einem gemeinsamen Narrativ zusammenführen:

**Die bestehenden politischen Kräfte lösen die Probleme nicht – und verhindern gleichzeitig, dass die Alternative Verantwortung übernehmen kann.**

Ob diese Darstellung sachlich zutrifft, muss für jeden einzelnen Politikbereich getrennt geprüft werden.

Als politische Kommunikation besitzt sie jedoch eine erhebliche innere Logik.

Damit können die Gegner einer Protestpartei unbeabsichtigt einen Teil ihrer Mobilisierung mitproduzieren.

## 11.8 Die Brandmauer als Schutz vor dem Realitätstest

Die Brandmauer besitzt noch eine weitere mögliche Nebenwirkung.

Sie verhindert nicht nur Regierungsbeteiligung.

Sie verhindert gleichzeitig, dass eine Partei ihre Regierungsversprechen vollständig unter realen Bedingungen beweisen muss.

Solange die AfD nicht regiert, kann sie zu zahlreichen politischen Fragen erklären:

**„Wir würden es anders machen.“**

Ihre Gegner können gleichzeitig sagen:

**„Diese Partei ist nicht regierungsfähig.“**

Beide Aussagen besitzen ein gemeinsames Problem.

Auf Bundesebene fehlt bislang eine entsprechende Regierungsbilanz der AfD.

Damit bleiben wesentliche Behauptungen beider Seiten hypothetisch.





Die AfD muss nicht beweisen, dass ihre angekündigten Lösungen tatsächlich funktionieren.

Ihre Gegner können umgekehrt nicht anhand einer AfD-Bundesregierung zeigen, dass diese Lösungen tatsächlich gescheitert wären.

Die Brandmauer schafft dadurch einen politischen Schwebezustand.

Sie begrenzt die Macht der AfD.

**Aber sie kann die AfD gleichzeitig vor der Entzauberung durch praktische Regierungsverantwortung schützen.**

Das ist möglicherweise eine ihrer folgenreichsten unbeabsichtigten Wirkungen.

## 11.9 Der selbstverstärkende Kreislauf

Führt man die bisherigen Mechanismen zusammen, ergibt sich eine mögliche politische Rückkopplung.

**Abgrenzung erzeugt sichtbaren Außenseiterstatus.**

Der Außenseiterstatus kann die Erzählung von der fundamentalen Alternative stärken.

Diese Erzählung kann zusätzliche Mobilisierung ermöglichen.

Wachsende Wahlergebnisse erhöhen wiederum die politische Bedeutung der AfD.

Je stärker die AfD wird, desto größer wird bei ihren Gegnern die Sorge vor einer möglichen Regierungsbeteiligung.

Diese Sorge kann zu einer noch konsequenteren Brandmauer führen.

Damit beginnt der Kreislauf erneut:

**Abgrenzung → Außenseiterstatus → Mobilisierung → wachsender Wahlerfolg → stärkere Abgrenzung.**

Für einen solchen Mechanismus wäre keine geheime Absprache erforderlich.

Es müsste keine Partei bewusst daran interessiert sein, ihren Gegner zu stärken.

Jeder Akteur könnte aus seiner eigenen Perspektive rational handeln.

Die etablierten Parteien versuchen, eine von ihnen abgelehnte politische Kraft von Regierungsverantwortung fernzuhalten.

Die AfD nutzt diese Ausgrenzung zur Bestätigung ihres eigenen politischen Narrativs.

Beide Seiten reagieren anschließend auf die jeweils andere.



Das Ergebnis kann ein Zustand sein, der sich selbst stabilisiert.

## 11.10 Wem nutzt die Brandmauer?

Damit lässt sich die Frage nach dem politischen Nutzen nicht mit einem einzigen Gewinner beantworten.

Die etablierten Parteien können durch die Brandmauer verhindern, dass die AfD trotz hoher Wahlergebnisse unmittelbar an Regierungsmacht gelangt.

Sie behalten dadurch größere Kontrolle über mögliche Regierungskoalitionen und vermeiden eine Zusammenarbeit, die sie ihren eigenen Wählern gegenüber ablehnen.

Die AfD wiederum kann von derselben Situation auf andere Weise profitieren.

Sie behält ihren klaren Außenseiterstatus.

Sie muss weniger Kompromisse mit anderen Parteien rechtfertigen.

Sie trägt keine unmittelbare Verantwortung für eine Bundesregierung.

Sie kann Fehler der Regierung kritisieren, ohne gleichzeitig für die Folgen eigener Regierungsentscheidungen verantwortlich gemacht zu werden.

Und sie kann ihre Ausgrenzung als Beleg für die Behauptung verwenden, tatsächlich die grundlegende politische Alternative zu sein.

Damit kann dieselbe politische Struktur **beiden Seiten unterschiedliche Vorteile verschaffen**.

Das bedeutet nicht, dass beide Seiten diese Situation gemeinsam geschaffen hätten oder bewusst erhalten wollten.

Es bedeutet lediglich:

**Politische Gegner können von demselben Zustand gleichzeitig profitieren – aus völlig unterschiedlichen Gründen.**

## 11.11 Das eigentliche Ausgrenzungsparadoxon

Damit verändert sich die ursprüngliche Frage.

Es geht nicht mehr ausschließlich darum, ob die Brandmauer demokratisch legitim, politisch richtig oder moralisch gerechtfertigt ist.

Für die Untersuchung der Oppositionsfalle ist eine andere Frage entscheidender:

**Erreicht sie langfristig das politische Ziel, für das sie geschaffen wurde?**



Wenn eine Strategie die AfD von Regierungsämtern fernhält, hat sie zunächst genau diese unmittelbare Wirkung.

Wenn dieselbe Strategie gleichzeitig den Außenseiterstatus der AfD stärkt, Protestwähler mobilisiert und die Partei vor einem praktischen Regierungstest schützt, entsteht jedoch ein langfristiger Zielkonflikt.

Die Brandmauer könnte dann gleichzeitig zwei gegensätzliche Wirkungen entfalten:

**Erreicht sie langfristig das politische Ziel, für das sie geschaffen wurde?**

Wenn eine Strategie die AfD von Regierungsämtern fernhält, hat sie zunächst genau diese unmittelbare Wirkung.

Wenn dieselbe Strategie gleichzeitig den Außenseiterstatus der AfD stärkt, Protestwähler mobilisiert und die Partei vor einem praktischen Regierungstest schützt, entsteht jedoch ein langfristiger Zielkonflikt.

Die Brandmauer könnte dann gleichzeitig zwei gegensätzliche Wirkungen entfalten:

**Sie begrenzt die Macht der AfD und kann zugleich Bedingungen stabilisieren, unter denen die AfD weiterwachsen kann.**

Ob dieser Effekt tatsächlich besteht und wie stark er ist, kann nicht allein aus politischen Aussagen beantwortet werden.

Ob dieser Effekt tatsächlich besteht und wie stark er ist, kann nicht allein aus politischen Aussagen beantwortet werden.

Dafür müssen Wahlergebnisse, Umfragen, Wahlmotive, konkrete politische Entscheidungen und die Entwicklung des öffentlichen Diskurses untersucht werden.

Erst dann lässt sich entscheiden, ob die Brandmauer langfristig tatsächlich eine Barriere gegen die AfD bildet – oder ob sie unbeabsichtigt zu einem Bestandteil jenes politischen Mechanismus geworden ist, von dem die AfD selbst profitiert.

## **12. Der verweigerter Realitätstest – was kann die AfD tatsächlich?**

Nach mehr als einem Jahrzehnt politischer Präsenz steht die Bundesrepublik vor einer verfassungsmäßigen und demokratischen Zäsur. Die Alternative für Deutschland (AfD) hat sich flächendeckend als feste parlamentarische Kraft etabliert. Bei der Bundestagswahl 2025 erreichte die Partei ein amtliches Endergebnis von 20,8 Prozent der Zweitstimmen und hat damit ihr Resultat von 2021 nahezu verdoppelt. Die Bundeswahlleiterin weist für 2021 10,4 Prozent und für 2025 20,8 Prozent aus.

Diese Zahlen dokumentieren, dass ein erheblicher Teil der Wählerschaft den etablierten Kräften das Vertrauen entzogen hat.



Doch ein historischer Wahlerfolg ist noch keine Regierungsbilanz.

Genau in diesem Spannungsfeld bewegt sich der aktuelle politische Diskurs. Während die Opposition in der komfortablen Rolle der Kritik behaupten kann, unter ihrer Verantwortung würden fundamentale Probleme in der Migrations-, Energie- und Wirtschaftspolitik gelöst, behaupten die politischen Gegner das exakte Gegenteil. Das grundlegende Problem für eine sachliche, unvoreingenommene Bewertung liegt darin, dass beide Seiten ihre Hypothesen bislang nicht anhand realer Regierungsergebnisse der AfD auf Bundes- oder Landesebene überprüfen können.

Regierungsverantwortung erschöpft sich nicht im Formulieren von Kernforderungen. Sie bedeutet das Führen komplexer Ministerien, das Aufstellen verfassungskonformer Haushalte gegen ökonomische Zwänge, das Steuern von Verwaltungsapparaten sowie den Umgang mit internationalen und europäischen Verpflichtungen. Erst in der praktischen Umsetzung zeigt sich der reale Wert politischer Konzepte.

## **12.1 Der mögliche Realitätsschock für die eigenen Wähler**

Auch die eigene Anhängerschaft der Partei muss sich im Sinne einer kritischen Aufklärung einer unbequemen Frage stellen: Was geschieht, wenn eine neue Regierung einen wesentlichen Teil ihrer Versprechen in der Praxis nicht oder nur mit erheblicher Verzögerung umsetzen kann?

Die Übernahme von Regierungsverantwortung verändert die Bedingungen des politischen Handelns radikal. Konzepte, die sich aus der Opposition heraus geradlinig darstellen, treffen im Regierungsalltag unweigerlich auf die institutionellen Grenzen des Rechtsstaates: das Europarecht, völkerrechtliche Verträge, verfassungsrechtliche Vorgaben, Haushaltsrestriktionen und eingespielte Verwaltungsstrukturen.

Hier könnte für viele Wähler ein ernüchternder Prozess beginnen. Wer eine Partei über Jahre als fundamentale Alternative wahrgenommen hat, erwartet spürbare und unmittelbare Veränderungen. Bleiben diese aus oder werden sie im Zuge notwendiger politischer Kompromisse verwässert, muss sich die Partei exakt den Fragen stellen, die sie heute den amtierenden Regierungen vorhält: Warum wurden zugesagte Maßnahmen nicht realisiert? Welche Zugeständnisse wurden gemacht und wer trägt die Verantwortung für das Ausbleiben der angekündigten Ergebnisse?

Die Regierungsbeteiligung ist somit kein Selbstläufer, sondern der schärfste Prüfstein für jede oppositionelle Programmatik.

## **12.2 Die Gegenprobe: Die etablierten Parteien besitzen bereits eine Regierungsbilanz**

Dieser notwendige Blick auf die theoretischen Risiken einer Opposition darf jedoch nicht zu einer einseitigen Betrachtung führen, die das amtierende System aus der Verantwortung entlässt. Während bei der AfD mangels Regierungsbeteiligung über die praktische Umsetzung ihrer Konzepte nur spekuliert werden kann, liegen die Ergebnisse der Parteien, die Deutschland in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten regiert haben, in Form unumstößlicher Daten vor. Das ist der entscheidende, objektive Unterschied: Hier geht es nicht um Prognosen, sondern um messbare Realitäten.



Die wirtschaftliche Entwicklung der jüngsten Vergangenheit liefert dafür ein deutliches Beispiel. Deutschland verzeichnete in den Jahren 2023 und 2024 zwei aufeinanderfolgende Jahre mit einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung. Auch das Jahr 2025 brachte keine strukturelle Trendwende: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wuchs lediglich um minimale 0,2 Prozent. Gleichzeitig sank die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes – des historischen Rückgrats des deutschen Wohlstands – im Jahr 2025 das dritte Jahr in Folge; der Rückgang gegenüber dem Vorjahr betrug 1,3 Prozent. Diese Zahlen werden vom Statistischen Bundesamt ausgewiesen.

Noch deutlicher offenbart sich der Niedergang bei den energieintensiven Branchen der deutschen Industrie: Ihre Produktion lag im Jahr 2025 kalenderbereinigt um schockierende 17,8 Prozent unter dem Niveau von 2021. Auch dieser Wert stammt unmittelbar vom Statistischen Bundesamt.

Diese Daten sind keine theoretischen Annahmen; sie dokumentieren eine reale wirtschaftliche Entwicklung, die während konkreter Regierungsperioden eingetreten ist. Über die Ursachen und den jeweiligen politischen Anteil daran muss gesondert geurteilt werden.

### **12.3 Konnten sie es nicht – oder wollten sie einen anderen politischen Kurs?**

Angesichts dieser ökonomischen Trümmerlandschaft entsteht eine investigative Gegenfrage, die für das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie weitaus fundamentaler ist: Warum sind diese verheerenden Entwicklungen trotz jahrelanger, uneingeschränkter politischer Gestaltungsmacht des Establishments eingetreten?

Hier müssen im Rahmen einer seriösen Analyse zwei Möglichkeiten sauber auseinandergehalten werden. Die erste Möglichkeit lautet: Klassisches politisches Fehlhandeln. Risiken wurden falsch eingeschätzt, Warnungen der Wirtschaft wurden ignoriert und fehlerhafte regulatorische Maßnahmen wurden nicht rechtzeitig korrigiert.

Die zweite Möglichkeit wiegt jedoch staatspolitisch ungleich schwerer: Bestimmte Entwicklungen waren kein Resultat von Unvermögen, sondern die Folge bewusst gesetzter politischer Prioritäten. Eine Regierung kann Maßnahmen beschließen, deren erhebliche wirtschaftliche Kosten ihr im Vorfeld bekannt sind, weil sie andere Ziele – beispielsweise in der Klima-, Außen- oder Bündnispolitik – politisch höher gewichtet als den Erhalt der industriellen Basis im eigenen Land.

Dass hohe Energiekosten insbesondere für die energieintensive Industrie einen strukturellen Wettbewerbsnachteil darstellen, wird inzwischen auch vom Bundeswirtschaftsministerium ausdrücklich festgestellt. Das Ministerium verweist darauf, dass die energieintensive Industrie seit Jahren unter erheblichem Druck steht und vergleichsweise hohe Energiekosten ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit belasten.

Wenn dies zutrifft, lautet der Kern der Kritik nicht, dass diese Akteure „nichts können“. Dann lautet die politische These, dass wirtschaftliche Nachteile für andere politische Ziele bewusst in Kauf genommen wurden. In diesem Fall stellt sich für die Bürger die Frage, ob diese Prioritäten mit den Interessen und dem Wohl des eigenen Volkes übereinstimmen.

### **12.4 Keine Vorschusslorbeeren für die AfD – aber auch kein Freispruch für ihre Gegner**



Aus der nachweislich negativen Bilanz etablierter Politikfelder darf jedoch nicht der automatische Schluss gezogen werden, dass eine AfD-Regierung zwangsläufig bessere Ergebnisse erzielen würde. Das wäre ein logischer Fehlschluss in die umgekehrte Richtung.

Die AfD muss sich im Falle einer Regierungsübernahme an denselben strengen Kriterien messen lassen wie jede andere Kraft auch. Für sie darf es keine Schonfrist, keine Ausreden aufgrund des bisherigen Oppositionsstatus und keine dauerhafte Schuldzuweisung an Vorgängerregierungen geben. Ihre Konzepte müssen sich der verfassungsrechtlichen und ökonomischen Realität stellen.

Gleichzeitig ist es jedoch eine intellektuelle Verweigerung des Establishments, der Opposition pauschal die Regierungsfähigkeit abzusprechen, während man selbst eine Spur der Deindustrialisierung hinterlässt. Wer über Jahre Regierungsverantwortung getragen hat, muss akzeptieren, dass seine Legitimation nicht an guten Absichten, sondern ausschließlich an realen Ergebnissen gemessen wird.

## 12.5 Das demokratische Paradoxon der Oppositionsfalle

Verknüpft ist diese Diskussion um institutionelle Eigeninteressen mit der Frage politischer Rechenschaftspflicht. Das parlamentarische System beruht auf dem Mehrheitsprinzip, während gerade der Opposition eine wesentliche Kontrollfunktion gegenüber Regierung und regierungstragender Mehrheit zukommt. Das Bundesverfassungsgericht hat deshalb wiederholt die besondere Bedeutung wirksamer Minderheitenrechte für die parlamentarische Kontrolle hervorgehoben. Bei Untersuchungsausschüssen liegt die Verfahrensherrschaft grundsätzlich bei der Ausschussmehrheit, zugleich sind die Kontroll- und Beweiserhebungsrechte qualifizierter Minderheiten verfassungsrechtlich geschützt.

Aus dieser strukturellen Konstellation lässt sich eine wesentlich schärfere machtpolitische Frage ableiten: Wie unvoreingenommen kann politische Selbstkontrolle funktionieren, wenn diejenigen, deren Entscheidungen aufgeklärt und politisch bewertet werden sollen, zugleich Teil der parlamentarischen Mehrheit sind, die wesentlichen Einfluss auf Verfahren und Mehrheitsentscheidungen besitzt? Daraus folgt noch kein Beweis dafür, dass Aufklärung tatsächlich verhindert wird. Es lässt aber sehr wohl den Schluss zu, dass Machterhalt nicht ausschließlich als Kampf um politische Überzeugungen betrachtet werden darf, sondern auch als Schutz bestehender Positionen, institutioneller Strukturen und materieller Interessen analysiert werden muss.

In dieser Lesart kann der erbitterte Kampf um politische Macht im Ergebnis wie ein kollektiver Schutzschirm wirken: nicht zwingend aufgrund einer zentralen Absprache, sondern weil zahlreiche individuelle und institutionelle Eigeninteressen in dieselbe Richtung weisen. Die Frage, ob dabei noch ausschließlich um das Gemeinwohl gestritten wird oder längst auch um den Erhalt eigener Macht, Positionen und Privilegien, ist deshalb keine unzulässige Unterstellung. Sie ist eine legitime machtpolitische Schlussfolgerung, die sich aus der Struktur des Systems selbst aufdrängt.

Dieses Dokument ist Teil des privaten Informations- und Aufklärungsprojekts **KLARTEXT** von Michael B. Barnes.

Der Bericht dient ausschließlich der Information sowie der öffentlichen Meinungs- und Diskussionsbildung. Er enthält eine Kombination aus dokumentierten Tatsachen, öffentlich



zugänglichen Quellen, rechtlichen Einordnungen sowie persönlichen Bewertungen, Schlussfolgerungen, Vermutungen und Hypothesen des Autors. Diese sind entsprechend im Gesamtzusammenhang des jeweiligen Dossiers zu verstehen.

Alle Inhalte wurden nach bestem Wissen und Gewissen auf Grundlage der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung verfügbaren Informationen erstellt. Trotz sorgfältiger Recherche kann keine Gewähr für Vollständigkeit, Aktualität oder die fortdauernde Richtigkeit sämtlicher Angaben übernommen werden. Neue Erkenntnisse oder spätere Entwicklungen können eine Überarbeitung oder Neubewertung einzelner Inhalte erforderlich machen.

Eine unveränderte Weitergabe des vollständigen Dokuments über den offiziellen Veröffentlichungsweg ist ausdrücklich erwünscht. Veränderungen, Kürzungen, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate oder Bearbeitungen, die den Sinn oder die Aussage des Dokuments verfälschen, sind ohne ausdrückliche Zustimmung des Autors nicht gestattet.

## **12.6 Die entscheidende Gegenprobe: Demokratie braucht den politischen Realitätstest**

Am Ende führt die gesamte Untersuchung zu einem einfachen, aber unbequemen Grundsatz: In einer Demokratie kann die Regierungsfähigkeit einer politischen Kraft nicht dauerhaft allein durch Behauptungen ihrer Gegner bewiesen oder widerlegt werden. Sie zeigt sich letztlich dort, wo politische Programme auf die Wirklichkeit treffen.

Genau dieser Realitätstest findet bei der AfD bislang nur sehr eingeschränkt statt. Ihre Gegner können darauf verweisen, dass zentrale Forderungen der Partei rechtlich, wirtschaftlich oder außenpolitisch erhebliche Probleme verursachen könnten. Die AfD wiederum kann behaupten, sie würde Migration begrenzen, Energiepreise senken, Bürokratie abbauen oder wirtschaftspolitisch einen grundsätzlich anderen Kurs einschlagen. Solange sie jedoch keine umfassende Regierungsverantwortung trägt, bleiben beide Seiten in wesentlichen Teilen bei Prognosen.

Darin liegt ein demokratisches Problem.

Wer eine Partei dauerhaft von jeder Regierungsbeteiligung ausschließt, verhindert damit nicht nur deren unmittelbaren Zugriff auf politische Gestaltungsmacht. Er verhindert zugleich den praktischen Nachweis, ob ihre politischen Versprechen tatsächlich funktionieren.

Die Brandmauer schützt damit paradoxerweise auch die AfD selbst vor der härtesten Form politischer Kontrolle: der Verantwortung für die eigenen Entscheidungen.

Eine Regierungspartei kann sich nicht dauerhaft auf theoretische Konzepte zurückziehen. Sie muss Haushalte vorlegen, Gesetze formulieren, Ministerien führen, Verwaltungsentscheidungen verantworten und die tatsächlichen Folgen ihrer Politik gegenüber den Bürgern erklären. Steigen Arbeitslosigkeit, Staatsausgaben oder Energiepreise, lassen sich diese Entwicklungen nicht mehr ausschließlich den politischen Gegnern zuschreiben. Scheitern angekündigte Reformen an rechtlichen oder wirtschaftlichen Grenzen, wird aus einem Wahlversprechen eine überprüfbare Regierungsbilanz.

Genau diese Möglichkeit fehlt bislang weitgehend.



Das führt zu einer bemerkenswerten Umkehrung der politischen Logik: Je entschlossener die etablierten Parteien erklären, die AfD müsse von Regierungsverantwortung ferngehalten werden, desto länger bleibt auch die Behauptung unangetastet, sie könne es besser.

Für ihre Anhänger bleibt damit ein politisches Versprechen erhalten, das unter realen Regierungsbedingungen bislang nicht umfassend geprüft werden musste.

Das bedeutet ausdrücklich nicht, dass eine AfD-Regierung zwangsläufig erfolgreich wäre. Ebenso wenig beweist die bisherige Regierungsbilanz anderer Parteien automatisch, dass die AfD bessere Ergebnisse erzielen würde. Beides wären unzulässige Schlussfolgerungen.

Der demokratisch sauberste Maßstab ist ein anderer:

**Wer politische Macht beansprucht, muss sich an den Ergebnissen seines Handelns messen lassen.**

Dieser Maßstab muss für CDU, CSU, SPD, Grüne, FDP, Linke, BSW und AfD gleichermaßen gelten. Keine Partei besitzt einen Anspruch darauf, von politischer Verantwortung verschont zu bleiben – und keine besitzt einen Anspruch darauf, vor dem Urteil der Wähler geschützt zu werden.

Scheitert eine Regierung, müssen die Bürger sie abwählen können. Ist sie erfolgreich, können sie ihr erneut das Vertrauen aussprechen. Genau darin liegt das Prinzip demokratischer Verantwortlichkeit.

Damit offenbart sich die vielleicht tiefste Ironie der Oppositionsfalle: Eine politische Strategie, die verhindern soll, dass die AfD ihre Regierungsfähigkeit beweisen kann, verhindert gleichzeitig, dass ihre mögliche **Regierungsunfähigkeit** praktisch sichtbar wird.

Wer überzeugt ist, dass ihre Konzepte in der Realität scheitern würden, müsste deshalb zumindest die paradoxe Konsequenz der dauerhaften Ausgrenzung anerkennen: **Solange der Realitätstest verhindert wird, bleibt auch das Urteil über sein Ergebnis offen.**

Und genau an diesem Punkt endet die Spekulation.

Danach beginnt die überprüfbare Bilanz.

Denn unabhängig davon, was eine zukünftige AfD-Regierung leisten oder nicht leisten würde, lässt sich bereits heute untersuchen, was die Partei in ihrer tatsächlichen Rolle als Opposition bewirkt hat.

## 13. Fazit – Was hat die AfD als Opposition nachweisbar tatsächlich bewirkt?



Nach mehr als einem Jahrzehnt parlamentarischer Präsenz stellt sich am Ende dieser Untersuchung eine Frage, die in der politischen Auseinandersetzung erstaunlich selten nüchtern gestellt wird: **Was hat die AfD in ihrer Rolle als Opposition tatsächlich bewirkt?**

Diese Frage darf nicht mit der Bilanz einer Regierungspartei verwechselt werden. Eine Opposition verfügt weder über Ministerien noch über eine eigene Regierungsmehrheit. Sie kann politische Vorhaben deshalb nur selten aus eigener Kraft umsetzen. Ihre Leistung zeigt sich an anderen Kriterien: Kontrolliert sie die Regierung? Erzwingt sie Auskünfte? Bringt sie Themen in das Parlament, die andere lieber vermeiden würden? Nutzt sie Gerichte, wenn sie staatliche Grenzen überschritten sieht? Und zwingt ihre politische Konkurrenz die übrigen Parteien dazu, Positionen zu überprüfen oder zu verändern?

Gemessen daran lässt sich die Wirkung der AfD nicht einfach als parlamentarische Bedeutungslosigkeit abtun.

### 13.1 Kontrolle durch parlamentarischen Druck

Ein besonders klar messbarer Bereich ist das parlamentarische Fragerecht. Im Jahr 2024 stellte die AfD-Fraktion **555 Kleine Anfragen und zehn Große Anfragen** an die Bundesregierung. Hinzu kamen **1.649 schriftliche Fragen** ihrer Abgeordneten.

Nach der Bundestagswahl 2025 setzte sich dieses Muster fort. In den Sitzungswochen der neuen 21. Wahlperiode stellte die AfD **674 Kleine Anfragen**. Zum Vergleich: Die Linke kam auf 251, Bündnis 90/Die Grünen auf 195. Außerdem stellten AfD-Abgeordnete **1.976 schriftliche Fragen** an die Bundesregierung und damit mehr als jede andere Fraktion in diesem Zeitraum. Kleine Anfragen müssen von der Bundesregierung in der Regel schriftlich beantwortet werden.

Das ist mehr als parlamentarische Papierproduktion. Durch solche Instrumente entstehen amtliche Antworten und Datensätze, die anschließend von Journalisten, Wissenschaftlern, politischen Gegnern und Bürgern überprüft und ausgewertet werden können.

Unabhängig davon, wie die jeweiligen Antworten politisch interpretiert werden, ist der Mechanismus eindeutig: **Parlamentarische Opposition zwingt die Exekutive dazu, Fragen zu beantworten und Informationen öffentlich dokumentierbar zu machen.**

### 13.2 Opposition wirkt auch vor Gericht

Noch deutlicher wird die Kontrollfunktion dort, wo eine Oppositionspartei staatliches Handeln gerichtlich überprüfen lässt.

Der bereits in diesem Dossier untersuchte Fall Thüringen 2020 ist dafür ein außergewöhnlich klares Beispiel. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte nach der Wahl Thomas Kemmerichs zum Ministerpräsidenten erklärt, das Ergebnis müsse „rückgängig gemacht werden“. Die Äußerung wurde anschließend über die offiziellen Internetseiten der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung verbreitet.

Die AfD zog dagegen vor das Bundesverfassungsgericht.



Am **15. Juni 2022** stellte der Zweite Senat fest, dass sowohl Merkels Äußerung als auch deren amtliche Veröffentlichung die AfD **in ihrem Recht auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb aus Artikel 21 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes verletzen**.

Das ist für die Bewertung oppositioneller Arbeit von erheblicher Bedeutung. Die AfD hatte hier nicht lediglich protestiert oder eine politische Behauptung aufgestellt. Sie ließ staatliches Handeln verfassungsgerichtlich überprüfen – und bekam in einem zentralen verfassungsrechtlichen Punkt Recht.

Das Urteil setzte zugleich eine Grenze für staatliche Machtmittel im Parteienwettbewerb. Das Bundesverfassungsgericht stellte klar, dass Staatsorgane im politischen Wettbewerb grundsätzlich Neutralität wahren müssen und amtliche Ressourcen nicht zur einseitigen Einflussnahme zugunsten oder zulasten einer Partei eingesetzt werden dürfen.

### 13.3 Wenn Opposition den politischen Kurs verschiebt

Schwieriger messbar, aber politisch möglicherweise noch bedeutsamer, ist die indirekte Wirkung einer starken Konkurrenzpartei.

Am **29. Januar 2025** geschah im Bundestag etwas politisch Außergewöhnliches. Ein Entschließungsantrag der CDU/CSU für eine erhebliche Verschärfung der Migrationspolitik erhielt mit **348 Ja-Stimmen gegen 344 Nein-Stimmen bei zehn Enthaltungen** eine Mehrheit. Von den damals 76 AfD-Abgeordneten stimmten 75 für den Unionsantrag. Ohne diese Stimmen hätte der Antrag keine Mehrheit erreicht.

Politisch entscheidend ist dabei gerade, dass es **kein AfD-Antrag**, sondern ein Antrag der CDU/CSU war. Erstmals entstand bei einer derart zentralen migrationspolitischen Frage eine Bundestagsmehrheit unter Einschluss der AfD.

Das zwei Tage später zur Abstimmung gestellte **Zustrombegrenzungsgesetz** der Union scheiterte dagegen mit 338 Ja- gegen 349 Nein-Stimmen. Auch das gehört zur vollständigen Bilanz: Politischer Einfluss bedeutet nicht automatisch parlamentarischen Erfolg.

Dennoch zeigt der Vorgang vom 29. Januar etwas Grundsätzliches: Eine Oppositionspartei kann politische Wirkung entfalten, **ohne selbst die Regierung zu stellen**. Ihre Mandate verändern Mehrheitsverhältnisse und damit den Handlungsspielraum sämtlicher anderen Parteien.

### 13.4 Die Gegenprobe: Was wäre ohne die AfD geschehen?

Damit gelangen wir zu der vielleicht interessantesten Frage dieses gesamten Dossiers:

**Wie hätte sich die deutsche Politik seit 2013 entwickelt, wenn es die AfD nicht gegeben hätte?**

Die konkrete alternative Geschichte lässt sich nicht rekonstruieren. Doch die tatsächlich beobachtbare Entwicklung zeigt zumindest, dass mit dem Erstarken der AfD ein erheblicher zusätzlicher Konkurrenzdruck auf die etablierten Parteien entstanden ist.



Dieser Druck beschränkt sich nicht auf Wahlergebnisse. Er zeigt sich parlamentarisch in Anfragen und Abstimmungen, juristisch in Verfahren gegen staatliches Handeln und politisch darin, dass insbesondere Migration und innere Sicherheit dauerhaft zu zentralen Konfliktfeldern geworden sind.

Die entscheidende Wirkung einer Opposition besteht deshalb nicht ausschließlich darin, eigene Gesetze durchzubringen.

**Sie verändert die politischen Kosten der Entscheidungen anderer.**

Regierungsparteien müssen damit rechnen, Wähler an eine tatsächlich vorhandene Konkurrenz zu verlieren. Sie müssen Entscheidungen verteidigen, parlamentarische Fragen beantworten und gegebenenfalls vor Gerichten rechtfertigen, wie staatliche Macht ausgeübt wurde.

Ohne eine relevante politische Alternative wäre dieser konkrete Konkurrenzdruck geringer.

### **13.5 Vielleicht liegt genau darin die eigentliche Oppositionsfalle**

Damit erhält der Titel dieses Dossiers am Ende noch eine zweite Bedeutung.

Die AfD befindet sich tatsächlich in einer Oppositionsfalle: Solange sie nicht regiert, kann sie nicht beweisen, dass ihre Konzepte in der politischen Praxis funktionieren. Ihre Regierungsfähigkeit bleibt eine offene Frage.

Doch möglicherweise befinden sich auch ihre Gegner in einer Oppositionsfalle eigener Art.

Je stärker sie die AfD aus Regierungsverantwortung heraushalten, desto weniger muss diese die Konsequenzen eigener Regierungsentscheidungen tragen. Gleichzeitig bleibt sie frei, Regierungshandeln zu kontrollieren, Informationen abzufragen, politische Konflikte vor Gericht zu tragen und ihre Konkurrenten unter permanenten Wahldruck zu setzen.

Die nachweisbare Bilanz zeigt jedenfalls:

**Die AfD hat Deutschland bislang nicht regiert. Wirkungslos war sie deshalb nicht.**

Sie hat parlamentarische Kontrollinstrumente intensiv genutzt. Sie hat durch Anfragen amtliche Informationen erzeugt und öffentlich zugänglich gemacht. Sie hat staatliches Handeln erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht angegriffen. Und ihre parlamentarische Stärke hat Mehrheitsverhältnisse verändert – bis hin zu einer Bundestagsentscheidung, die ohne die Stimmen ihrer Abgeordneten keine Mehrheit erhalten hätte.

Ob eine AfD-Regierung Deutschland besser regieren würde, bleibt der Realitätstest, den dieses Dossier bewusst offenlässt.

Doch die Gegenfrage lässt sich inzwischen klarer beantworten:

**Hat die Existenz einer starken Opposition etwas verändert?**

Ja.

Nicht jede ihrer Forderungen wurde umgesetzt. Nicht jeder Antrag war erfolgreich. Nicht jedes politische Problem wäre ohne sie zwangsläufig schlimmer geworden.

Aber eine Demokratie verändert sich bereits dadurch, dass eine Regierung weiß, dass Millionen Wähler eine reale Alternative besitzen, dass ihre Entscheidungen parlamentarisch abgefragt werden und dass staatliches Handeln notfalls vor Gericht landet.

Vielleicht ist genau das die wichtigste Leistung einer Opposition:

**Sie muss nicht selbst regieren, um Macht zu begrenzen.**

## Schlusswort

Dieses Dossier endet nicht mit dem Anspruch, jede politische Frage abschließend beantwortet zu haben. Es endet mit einer Forderung, die eigentlich selbstverständlich sein sollte: **Macht muss überprüfbar bleiben.**

Demokratie lebt nicht davon, dass alle dieselbe Auffassung vertreten. Sie lebt vom Widerspruch, vom politischen Wettbewerb und von der Möglichkeit, Regierende abzulösen. Eine starke Opposition ist deshalb keine Störung der Demokratie. Sie ist ein notwendiger Bestandteil ihrer Funktionsfähigkeit.

Wer regiert, muss Entscheidungen treffen und dafür Verantwortung übernehmen. Wer opponiert, muss kritisieren, kontrollieren und Alternativen anbieten. Und wer den Anspruch erhebt, es besser zu können, muss bereit sein, diesen Anspruch eines Tages an der politischen Realität messen zu lassen.

Das gilt für die AfD genauso wie für jede andere Partei.

Dieses Dossier hat deshalb nicht versucht, dem Leser vorzuschreiben, welche Partei er wählen oder welcher politischen Position er folgen soll. Es hat versucht, Zusammenhänge sichtbar zu machen, Widersprüche offenzulegen und Fragen zu stellen, die auch dann gestellt werden müssen, wenn die Antworten unbequem sind.

**Demokratie braucht keine Bürger, die alles glauben.  
Sie braucht Bürger, die prüfen, vergleichen und selbst urteilen.**

Wenn diese Untersuchung dazu beiträgt, politische Vorgänge nicht isoliert zu betrachten, sondern ihre Zusammenhänge zu erkennen und sich auf dieser Grundlage ein eigenes Urteil zu bilden, dann hat sie ihren Zweck erfüllt.

**Denn am Ende sollte in einer Demokratie weder Regierung noch Opposition das letzte Wort haben.**

**Das letzte Wort haben die Bürger.**



Mit freundlichen Grüßen

*Michael B. Barnes*

Michael B. Barnes

## Impressum / Kontakt:

Michael B. Barnes

Hengeloer Str.1

49565 Bramsche

 E-Mail: [info@klartext-info.online](mailto:info@klartext-info.online)

## Rechtlicher Hinweis

**Stand der Quellen und Rechtslage:** Veröffentlichungsdatum des jeweiligen Dossiers.

**Version:** 1.0

© Michael B. Barnes – Alle Rechte vorbehalten.

## Impressum / Kontakt:

Michael B. Barnes

Hengeloer Str.1

49565 Bramsche

 E-Mail: [info@klartext-info.online](mailto:info@klartext-info.online)

# Rechtlicher Hinweis & Haftungsausschluss

Dieses Dokument ist Teil des privaten Informations- und Aufklärungsprojekts **KLARTEXT** von **Michael B. Barnes**. Der Bericht dient ausschließlich der Information sowie der unabhängigen, öffentlichen Meinungs- und Diskussionsbildung.

Er enthält eine sorgfältig recherchierte Kombination aus dokumentierten Tatsachen, amtlichen Primärquellen, rechtlichen Einordnungen sowie persönlichen Bewertungen, Schlussfolgerungen und Hypothesen des Autors.

Daher gelten für die Nutzung dieses Dossiers folgende Bedingungen:

## Keine Rechtsberatung

Die hier bereitgestellten Inhalte, methodischen Leitfäden – wie die Zwei-Wege-Verifizierung – und Formulierungshilfen stellen zu keinem Zeitpunkt eine Rechtsberatung im Sinne des Rechtsdienstleistungsgesetzes (RDG) dar.

Sie können und sollen eine individuelle rechtliche Beratung durch einen qualifizierten Rechtsanwalt nicht ersetzen.

## Ausschluss der Haftung für Verfahrensfehler

Die Anwendung der hier beschriebenen Dokumentationsmethoden sowie das Erheben von Programmbeschwerden oder die Einleitung juristischer Schritte erfolgen ausdrücklich auf eigene Verantwortung und auf eigenes Risiko des jeweiligen Nutzers.

Der Autor übernimmt keine Gewähr oder Haftung für den Erfolg, die Zulässigkeit oder etwaige Kostenfolgen – beispielsweise Gerichtskosten oder Anwaltskosten der Gegenseite – von Beschwerden oder Klageverfahren, die von Nutzern initiiert werden.

## Maßstab der Eigenverantwortung

Trotz größtmöglicher Sorgfalt bei der Recherche kann keine Gewähr für die Vollständigkeit, Aktualität oder fortdauernde Richtigkeit sämtlicher rechtlicher Rahmenbedingungen und Urteilsbegründungen übernommen werden.

Nutzer sind im Rahmen des geforderten „nötigen Ernstes“ verpflichtet, jede verwendete Primärquelle vor der Nutzung in eigenen Verfahren eigenständig auf Aktualität und Richtigkeit zu prüfen.

## Schutz vor Verfälschung

Eine unveränderte Weitergabe des vollständigen Dokuments über den offiziellen Veröffentlichungsweg ist ausdrücklich erwünscht.

Jede Veränderung, Kürzung, Sinnentstellung oder Nutzung aus dem Zusammenhang gerissener Zitate zur bewussten Diskreditierung oder für kommerzielle Zwecke Dritter ist ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung des Autors untersagt.





**Stand der Quellen und Rechtslage:** Veröffentlichungsdatum des jeweiligen Dossiers  
**Version:** 1.0

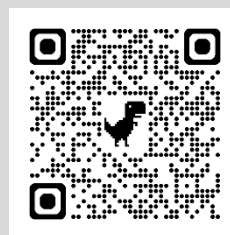
© Michael B. Barnes – Alle Rechte vorbehalten.

## Impressum:

<https://www.klartext-info.online/impressum/>

Zur Klartext-Info-Website

QR-Code



## Weitere Beiträge, Aktualisierungen und Quellen:

[www.klartext-info.online](http://www.klartext-info.online)

Michael B. Barnes

Stand: 11.08.2026

